

SGA-BULLETTIN

1/95

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

März 1995



Landwirtschaft wohin?

Zwei Korrekturen zum Bulletin 4/94

Im Artikel von Dani Brunner zur Stadtplanung («Wohnliches Zug ade») ging die letzte Zeile verloren. Vollständig heisst der Satz:

«Das sind die wenigen, aber doch wichtigen Akzente aus den beiden Initiativen, welche die vierjährige Demontagearbeit der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit überlebten.»

Im Artikel über die Frauenwoche im Chaotikum haben sich zwei Fehler eingeschlichen: Hansruedi Küttel ist nicht Präsident des Vereins Zuger Jugendtreffpunkte (VZJ), sondern Präsident des für den Chaotikum-Betrieb zuständigen Ausschusses des VZJ. Der korrekt als Mitorganisator der Frauenwoche aufgeführte Richard Blümmel (nicht Blüml) nahm am Bulletin-Gespräch nicht teil.



Am Wochenende vom 21./22. Januar trafen sich rund zwei Dutzend VertreterInnen der alternativen Gruppierungen im Kanton Zug. Themen waren die Bilanz des vergangenen Wahlherbstes, die kommenden Nationalratswahlen sowie als eigentlicher Schwerpunkt die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen alternativen Gruppierungen. Erstes Resultat ist die Gründung einer kantonalen Koordinationsgruppe. Das Projekt der Bulletin-Redaktion, das heutige SGA-Bulletin zu einer kantonalen Zeitung zu entwickeln, die nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zu den lokalen Organen der einzelnen alternativen Gruppen zu betrachten ist, stiess auf ein positives Echo.

Inhaltsverzeichnis

Landwirtschaft	
In welche Richtung?	Seite 4
Acht Jahre «IG-Bio» – eine Bilanz	Seite 6
Streitgespräch Landwirtschaftspolitik	
Wachse oder weiche?	Seite 8
Nationalratswahlen 1995	
Solidarität schafft Sicherheit	Seite 13
Ständeratswahlen	
Wieder keine Frau im Ständerat	Seite 14
Drogenpolitik nach Lettenräumung	
Repressive Drogenpolitik: «Mehr Elend und höhere Steuern!»	Seite 16
Regierungsrat	
Hinein ins neue Jahr	Seite 18
Kantonsrat	
Als Neuer im Kantronsrat	Seite 20
Zuger Bahnhof	
Neubau des Zuger Bahnhofes?	Seite 22
Offener Brief an Schmidheiny	
Pensionskassen-Verluste bei der L&G	Seite 24
Zusammenarbeit Alternative - SP	
Die Antwort der SP-Geschäftsleitung	Seite 26
4. Zuger Symposium	
Europa-Frage und Zukunft der Sozialpolitik	Seite 27

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 1/95, März 1995; erscheint viermal jährlich

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 829, 6301 Zug; Telefon: 21 86 33

Redaktion: Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Bruno Stutzer, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Steinhausen

Auflage: 1350

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 2/95: Montag 22. Mai; Erscheinungsdatum Montag, 5. Juni 1995

Wackeres Baar

Baar kann sich nicht beklagen. Es ist reich und liegt in einer wunderschönen Umgebung. Aus dem Dorf von einst wurde eine reiche Ortschaft, deren Dorfbildcharakter dabei jedoch verlorenging. Die Dorfstrasse versprüht den Charme der aufstrebenden 70er Jahre, dominiert von gelb, orange und blau-weiss. Erhalten wurde das Rathaus mit der «Schüür», dessen Vorplatz als einer der wenigen Orte etwas Gemütlichkeit ausstrahlt. Jüngstes Opfer der Modernisierung wird das Restaurant Gotthard, das wegen einer Überbauung abgerissen werden soll. Ein Projekt unter Einbeziehung vom Gotthard, eine Kombination zwischen Alt und Neu, entstand nicht.

So erstaunt es wenig, dass sich Baar nicht für ein verkehrsfreies Zentrum entscheiden kann, ausser natürlich an den wichtigen Tagen wie Fasnacht und Chilbi. Das Oberdorf, das zweite Zentrum, erfüllt funktionelle Zwecke, lässt aber trotz mancher Aktivitäten wenig Heimatgefühl aufkommen.

Postkartenobjekte sind in Baar schwer zu finden. Nur



knapp ist das wichtigste Industriedenkmal des Kantons Zug, die Spinnerei an der Lorze, dem Fortschritt entgangen. Um als Spinnereibetrieb existieren zu können, wurde die alte Spinnerei um Neubauten erweitert. Dies bedingte wegen der Übernutzung des Geländes einen Abriss der kulturhistorisch wichtigen Bauten. Trotz Einsprachen von Heimat- und Denkmalschutz beharrte die Gemeinde auf dem Abriss, das Verhältnis zwischen dem Eigentümer A. Gasser (Schmid AG) und der Gemeinde war nie besonders herzlich gewesen. Da sich der Textilindustrielle A. Gasser dann immer mehr zum Immobilientreuhänder wandelte und die Spinnerei langsam, aber sicher schloss, steht heute der Umnutzung des Komplexes nichts mehr im Wege. Die Gemeinde hat ein

Einsehen, und so muss nur ein Teil der Nebengebäude abgerissen werden.

In die Nebengebäude hatten sich in den letzten Jahren einige Künstler und Handwerker eingemietet. Ein grosse Ausstellung mit Baarer Künstlern war dann fürs erste auch wieder das Ende eines Kulturraums, denn diese Nebenräume sind oder werden nächstens abgerissen. Einigen Künstlern und Handwerkern wurden Räume in den alten Hauptgebäuden angeboten, denn nach eigener Werbung von A. Gasser soll in der Fabrik zur Lorze ein Arbeits- und Kulturzentrum entstehen. Da nur das Äussere der Spinnerei unter Schutz steht, sieht Adrian Gasser viele Möglichkeiten der Nutzung. Das Kulturobjekt einer breiten Öffentlichkeit zu erschliessen, bleibt Aufgabe der reichen Gemeinde Baar.

■ Daniela Meyer*

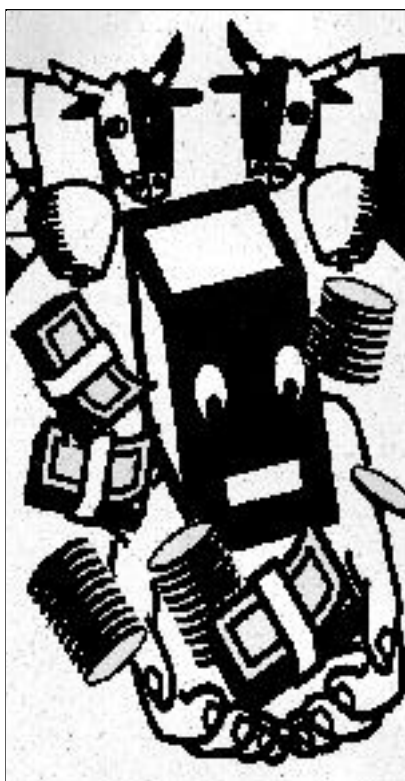
* Daniela Meyer ist eine Zugezogene und stammt vom Bodensee.

In welche Richtung?

Am 12. März wird gleich über drei Landwirtschaftsvorlagen abgestimmt. Vor dem Hintergrund des Gatt/WTO-Abkommens, den trotz Bundesdefizit weiterhin massiven Subventionen und der starken Zunahme der Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln kommt den drei Vorlagen einige Bedeutung zu.

Reto Hunziker

Die heutige Landwirtschaftspolitik ist festgefahren. Der Gesellschaftsvertrag, auf dem die heutige Agrarpolitik basiert, hat ausgedient. Jahrzehntlang haben Bundesrat und Parlament, Agrarverbände und Bauernverband den Bauern und Bäuerinnen falsche Anreize gegeben: «Produziere, soviel Du kannst!» Obwohl die Subventionen kontinuierlich erhöht wurden, konnte weder das «Bauernsterben»



gestoppt noch die Versorgungssicherheit garantiert werden: Täglich verschwinden in der Schweiz durchschnittlich sechs Bauernbetriebe. Mehr und mehr Geld muss für die Überschussverwertung ausgegeben werden: 850 Mio. Franken jährlich nur für die Verwertung von Käse und Butter. Von den Produktsubventionen erhalten die Bauern und Bäuerinnen immer weniger: Von 100 Franken erreichen nur 35 Franken die Bauernfamilien als Einkommen. Die Umweltschäden, bedingt durch die intensive Produktionsweise und die chemischen Zusatzstoffe, sind enorm: Rund 1,5 Mia. Franken jährlich betragen die ungedeckten Kosten (sogenannte externe Kosten).

«Hosenlupf» am 12. März

In den letzten Jahren wurden deshalb die Stimmen immer zahlreicher, die eine andere Landwirtschaftspolitik forderten. Doch bis jetzt wurden alle wirklichen Reformen von den Agrar-Lobbyisten nach dem Motto, «nur soviel Reformen wie unbedingt notwendig», gebodigt.

Dies ist auch der Tenor bei den drei Vorlagen vom 12. März (siehe Kasten). Wer vor einem Jahr die Hoffnung hatte, dass das Parlament einige Vorderungen der BuK-Initiative (siehe Kasten) im Gegenvorschlag zur Bauernverbandsinitiative verankert würde, wurde bitter enttäuscht. Die Bauernvertreter konnten sich mit der Drohung, ändern-

Bauern- und KonsumentInnen-Initiative (BuK)

Die BuK-Initiative wurde von einem breiten Bündnis, das sich aus Bauern-, Umwelt-, Tierschutz- und KonsumentInnen-Organisationen zusammensetzt, eingereicht. Die wichtigsten Forderungen:

- ◆ Bäuerliche Einkommensbildung mit mehr (und differenzierbaren) Direktzahlungen, verbunden mit minimalen Anforderungen für eine umwelt- und tiergerechte Produktion.
- ◆ Beiträge für besondere ökologische Leistungen (biologischer Landbau, Freilandhaltung, besondere Produktionsmethoden, extensive Bewirtschaftung, Pflegemassnahmen im Naturschutz etc.).
- ◆ Ausgewogene Nährstoffbilanz durch Vorschriften über die Flächenbindung der Tierproduktion und Besteuerung von Düngern und Pflanzenschutzmitteln.
- ◆ Vorschriften und Restriktionen für umwelt- und gesundheitsgefährdende Hilfsstoffe, Verfahren und Technologien.
- ◆ Klare Deklaration der inländischen und importierten Agrarprodukte sowie qualitätsbezogene Abgaben beim Import von Nahrungsmitteln.

Zitiert aus: Argumentarium der BuK-Initiative.

falls das Gatt/WTO-Abkommen zu bekämpfen, nochmals durchsetzen.

Kahlschlag oder Reformstrategie?

Die Erfolge der Agrarlobbyisten im Parlament täuschen darüber hinweg, dass in der Bevölkerung das Verständnis dafür, dass der Bauernstand auch in Zukunft einen besonderen Schutz geniessen soll, schwindet.

Nun gibt es auch auf linker Seite Stimmen, die einen völligen Kahlschlag in der Agrarpolitik propagieren. Im Gegensatz zu dieser Kahlschlag-Strategie steht die bereits erwähnte BuK-Initiative, die auch für den Grossteil der Bauern einen gangbaren Weg aufzeigt. Die Initiative postuliert einen ökologischen Leistungsauftrag an die Landwirtschaft. Ausgehend von der BuK-Initiative könnte ein neuer Gesellschaftsvertrag entstehen. Dieser

müsste auf folgenden Grundpfeilern basieren:

- ◆ Die Bauern und Bäuerinnen produzieren nach einer Übergangsfrist nur noch biologische und tiergerechte Produkte, die der Markt verlangt.
- ◆ Dafür garantiert der Staat Direktzahlungen. Diese sind an ökologische Auflagen gebunden.
- ◆ Die KonsumentInnen erhalten eine grosse Auswahl von Bioprodukten sowie Fleisch und Eier aus artgerechter Tierhaltung.

Für die Bauern und Bäuerinnen hätte ein solcher Deal den Vorteil, dass sie einerseits weiterhin mit staatlicher Unterstützung rechnen können, andererseits von der Gesellschaft ein klar definiertes Pflichtenheft erhalten.

Ein 3 x Ja am 12. März könnte die Bauern und Bäuerinnen im falschen Glauben bestärken, dass alles wie bis anhin weitergeht. Denn eines ist sicher: Ein Strukturwandel wird auf jeden Fall stattfinden. Nun geht es darum auszuhandeln, in welche Richtung er gehen soll. □

Die Agrarvorlagen in Kürze

Verfassungsartikel:

Der Verfassungsartikel ist als Gegenvorschlag zur Initiative des Schweizer Bauernverbandes entstanden. Doch in der parlamentarischen Beratung wurde er so abgeschwächt, dass der Bauernverband getrost die eigene Initiative zurückziehen konnte...

Entscheidend beim Verfassungsartikel ist, was *nicht* drin steht: Direktzahlungen werden nicht an ökologische und tierschützerische Bedingungen geknüpft, Nahrungsmittel müssen weiterhin nicht umfassend deklariert werden, Lenkungssteuern auf chemischen Zusatzstoffen sind nicht vorgesehen. Zudem wird ein Hintertürchen geöffnet, um das bäuerliche Bodenrecht und die Raumplanungsvorschriften auszuhöhlen. Fazit: Kein einziges Gesetz müsste nach Annahme des Verfassungsartikels zwingend geändert werden!

Milchwirtschaftsbeschluss:

Der Milchwirtschaftsbeschluss enthält einige Bestimmungen, die unbestritten und auch von den

Umweltverbänden befürwortet werden. Doch nicht akzeptiert werden kann, dass die Freigabe des Kontingentshandels nicht an ökologische Auflagen geknüpft ist. Der Handel mit Milchkontingenten würde den Strukturwandel noch beschleunigen, da er die Produktionskosten für viele Bauernbetriebe erhöhen und die Milchproduktion weiter anheizen würde. Ausserdem ist dieser Beschluss kein Mittel, um zukünftige Milchkontingentskürzungen zu verhindern.

Solidaritätsabgaben:

Alle Bauern wären gezwungen, an die Verbände bis zu 2% des Umsatzes der jeweiligen Produktgruppe abzuliefern. Abgesehen davon, dass dieser «Solidaritäts»-Zwang grundsätzlich höchst fragwürdig ist, trifft er vor allem die Alleinvermarkter. Z.B. müsste ein Biobauer Marketingausgaben für Hors-sol-Gemüse mitfinanzieren. Die Vorlage stärkt zudem die Macht der Landwirtschaftsverbände, die für die heutigen Fehlstrukturen mitverantwortlich sind.



Acht Jahre «IG Bio» – eine Bilanz

Im Frühling 1987, nur wenige Monate nach dem Agrochemieunfall in Schweizerhalle, gründeten 40 ZugerInnen die Interessengemeinschaft für eine biologische Zuger Landwirtschaft («IG Bio»). Die damalige Forderung der «IG Bio», die Landwirtschaft des Kantons Zug sei zum Schutz des überdüngten Zugersees flächendeckend auf den Biolandbau umzustellen, brachte nicht nur in Zug einiges in Gang, sondern machte auch (inter)national Furore.

Daniel Brunner

Im internationalen Vergleich stand die Schweiz noch Mitte der 80er Jahre an der Spitze der Biolandbaubewegung. Doch im Kanton Zug führte der Biolandbau 1987 ein Randdasein: Gerade vier von über 700 Haupterwerbsbetrieben wurden biologisch bewirtschaftet. Kontrollierte Biobensmittel wurden nur im «De Lade» in Zug verkauft; selbst die Reformhäuser verliessen sich grossteils auf konventionelle oder zweideutig deklarierte Lebensmittel, und in den übrigen Läden wäre die Suche nach «bio» aussichtslos gewesen.

Weil Bioprodukte damals noch durchgehend viel teurer als konventionelle waren, brauchte es einigen politischen Mut, dass gerade zwei Sozialistisch-Grüne, Madeleine Landolt und Dani Brunner, Anfang 1987 das Projekt einer flächendeckenden Umstellung des Kantons Zug lancierten. Geharnischte Reaktionen aus bäuerlichen Kreisen über diese «Chaoten» sowie Behauptungen, der überdüngte Zugersee habe nichts mit der landwirtschaftlichen Produktionsweise zu tun, liessen nicht lange auf sich warten. Trotzdem wurde im Frühling die IG für eine biologische Zuger Landwirtschaft («IG Bio») von über 40 Gründungsmitgliedern aus der Taufe gehoben.

Berühmte Umstellungsstudie

Sofort machten wir uns ans Geldsammeln für eine wissenschaftliche



Mit nur 4 Neuanmeldungen für Umstellbetriebe droht der Kanton Zug ins Hintertreffen zu geraten.

■ Bild Bulletin

Studie über das gewünschte Umstellungsszenario, welche vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau FIBL (in Oberwil BL) als wissenschaftliche Pioniertat erstellt werden sollte. Bis 1990 waren wir denn auch ständig mit der Geldsuche dafür und der Begleitung dieser wissenschaftlichen Pioniertat beschäftigt. Auch wenn Details der FIBL-Studie kritisierbar sind, war eines nicht zu widerlegen: Der flächendeckende Biolandbau wäre für die Umwelt und die öffentliche Hand weit günstiger als die gängige Symptombekämpfung. An unseren damaligen Veranstaltungen nahm jeweils eine ganze Anzahl, meist erbotener, Zuger Landwirte teil. Der Leiter des FIBL tröstete uns damit, dass sich die Haltung der bäuerlichen

Bevölkerung zum Biolandbau jeweils stereotyp entwickle: Zuerst gelten die VerfechterInnen des Biolandbaus als Spinner, dann als bössartige Feinde, dann folgt produktionstechnischer und wirtschaftlicher «Gwunder» – was schliesslich in die Umstellungsbeurteilung mündet. Zwei Dutzend Zuger Bauern und vor allem auch Bäuerinnen haben diese letzte Stufe überschritten, während wir uns mit einem rechten Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung wohl auch heute zwischen Phase zwei und drei bewegen. Dafür kamen und kommen von ausserkantonalen Stellen und ausländischen Forschungsanstalten immer wieder positiv gestimmte Anfragen zur Umstellungsstudie und speziell zu unserer – mittlerweile gar nicht mehr

so abnormen – Vision von der flächen-deckenden regionalen Umstellung.

Trotz Erfolgen: gemischte Bilanz

1991 führte Zug dank unserem Lobbying als einer der wenigen Schweizer Kantone Umstellungsbeiträge für den Biolandbau ein. Übrigens nicht aus Begeisterung über den Biolandbau, sondern weil der Kantonsrat in einem politischen Tauschgeschäft gleichzeitig neue und wegen der Anzahl Betriebe deutlich grössere Beiträge für die Integrierte Produktion aussprach. Daraufhin wurden die Umstellungen deutlich zahlreicher. Das Schwergewicht unserer Arbeit verlagerte sich neben der Publikation unserer vierteljährlichen Rundbriefe zu Vermarktungsfragen, zur Erstellung der ersten Übersicht über das Zuger Bio-ab-Hof-Angebot (1993) sowie zu nationalen Problemen, zum Beispiel 1991 mit dem Sammeln von 2000 Unterschriften für die Bauern- und Konsumenten-Initiative (BuK).

Die Bilanz unserer Arbeit nach acht Jahren ist gemischt. Wir haben immerhin 150 Mitglieder, und unsere jährlichen Bio-Besuchstage ziehen bei schönem Wetter über hundert Menschen an. Der Bau der Zugersee-Stollen ist seit dem Herbst 1994 auch (fast) als Phantasie beerdigt. Der Kanton Zug erreichte Ende 1994 mit 21 Bio- und Umstellbetrieben im Schweizer Vergleich den vierthöchsten Anteil (3 Prozent gegenüber dem Schweizer Durchschnitt von 2 Prozent bzw. 1650 Betrieben). Doch mit nur vier Neuanmeldungen 1995 droht Zug bald ins Hintertreffen zu geraten, denn gesamtschweizerisch gibt es dieses Jahr rund 800 neue Umstellbetriebe.

Dies wirft ein Schlaglicht auf die offizielle «Biopolitik» im Kanton Zug: Weder die Landwirtschaftliche Schule noch die Volkswirtschaftsdirektion

unter Robert Bisig konnte sich von ihrer Haltung, der Biolandbau werde nie mehr als eine kleine Nische bilden, lösen. Auch die letztjährige Ankündigung von Coop, bis in wenigen Jahren einen Bioanteil von zehn bis fünfzehn Prozent zu realisieren, hat in der Verwaltung keinen Innovationsschub ausgelöst. Die «IG Bio» gilt noch immer vielen Landwirten als ungeliebter Störenfried. Und wie vor zehn Jahren wollen «offizielle» Bauernvertreter nicht zur Kenntnis nehmen, dass ein Grossteil der Zuger Bauern die Böden immer noch überdüngt. Mittelfristig wird entscheidend sein, dass sich die Zuger Biobauern im Frühling 1994 zu

einem eigenen Verein unter dem Präsidium von Toni Niederberger zusammengeslossen haben. Wie die entsprechenden Vereine in anderen Kantonen zeigen, laufen deren Interessen parallel zu jenen der Umwelt und der aufgeschlossenen KonsumentInnen.

Wer Mitglied der «IG Bio» werden oder die Rundbriefe (4x jährlich) erhalten möchte, wende sich an: IG für eine biologische Zuger Landwirtschaft, Postfach, 6301 Zug, oder an Tel. 23 16 16 (Dani Brunner). Zwecks Auffrischung des Vorstands suchen wir übrigens entsprechend Interessierte! □

Kommentar

Wenn ich die Startposition aus einer kleinen Minderheitenecke und das bisher Erreichte vergleiche, ist die Arbeit mit der «IG Bio» eines der erfreulichsten Kapitel meines Politlebens. Denn wer, ausser mir und einigen wenigen MitstreiterInnen, stellte sich 1987 vor, dass der Biolandbau in wenigen Jahren so massiv in den «normalen» Markt vordringt? Und wer erwartete bei den extremen Mehrheitsverhältnissen im Zuger Kantonsrat, dass die sogar vom BUWAL befürwortete grosstechnische Lösung der Zugersee-Überdüngung mittels Stollen hinter der Ursachenbekämpfung in der Landwirtschaft zurückstehen müsse?

Die Befriedigung darüber, dass ich mit einem vergleichsweise kleinen persönlichen Beitrag an die 100'000fränkige Umstellungsstudie nicht unwesentlich zur Verhinderung dieses Riesenwerks beitrug, merkt mir mancher GesprächspartnerIn sicher auch heute noch an. Leider sind aber die 60 eingesparten Baumillionen nicht für die von der «IG Bio» angestrebte

flächendeckende Umstellung der Zuger Bauernhöfe auf die biologische Bewirtschaftung freigesetzt worden. Offizielles Credo ist weiterhin die Integrierte Produktion (IP), welche in den meisten Bereichen klar zu wenig weit geht. Kaum zufälligerweise gibt es auf kantonaler Ebene auch kein Konzept, wie mit dem «dank» dem Gatt zu erwartenden Bauernhofsterben in den nächsten zehn Jahren umzugehen wäre: zum Beispiel durch ein Forcieren von Nebenerwerben? Oder eben durch intelligentes Umstellen auf den Biolandbau, der auch kleineren Betrieben eine Chance lässt? Was auch den Lebensmittelmarkt mehr regional ausrichten würde, also sozial und verkehrstechnisch fast nur Vorteile brächte! Im Vorstand der IG hoffen wir denn auch, dass in Zukunft zu diesen und anderen Fragen auch die nun in einem eigenen Verein organisierten Zuger Biobauern und -bäuerinnen Stellung nehmen, als wirksame Lobby für eine ökologische und konsumentInnengerechte Zuger Landwirtschaft.

«Wachse oder weiche»?

Das folgende Streitgespräch zwischen Daniel Brunner, Präsident der Interessengemeinschaft für eine biologische Zuger Landwirtschaft, und Peter Hegglin, Präsident des Zuger Bauernverbands, findet vor dem Hintergrund der Abstimmungen vom 12. März statt. Doch auch Fragen wie Direktzahlungen, Gatt/WTO-Abkommen und zukünftige Marktanforderungen kommen zur Sprache.

Gesprächsleitung Reto Hunziker*
Textfassung Bruno Stutzer
Bilder Bulletin

Bulletin: *Warum seid Ihr für bzw. gegen den Landwirtschafts-Verfassungsartikel?*

ph (Peter Hegglin): Der bestehende Verfassungsartikel stammt aus der Nachkriegszeit und ist deshalb v.a. auf die Nahrungsmittelproduktion ausgerichtet, welche die Versorgungssicherheit garantieren sollte. Heute werden an die Landwirtschaft aber auch andere Anforderungen gestellt. Dem wird seit 1992 (7. Landwirtschaftsbericht) mit einer neuen Landwirtschaftspolitik Rechnung getragen: Neue Regelungen machen das Einkommen der Bauernbetriebe auch von anderen Faktoren als der Nahrungsmittelproduktion abhängig, indem Direktzahlungen allgemeiner Art und solche, die an ökologische Auflagen gebunden sind (Integrierte Produktion [IP], biologische Landwirtschaft und Freilandhaltung), ausbezahlt werden. Dies soll nun auf Verfassungsebene nachgetragen und abgesichert werden.

Die Landwirtschaft muss sich immer mehr auf den Markt ausrichten, z.B. wird ja die garantierte Milchabnahme aufgehoben. Auch die KonsumentInnen können mit Kauf oder Nichtkauf auf die Produktionsweise Einfluss nehmen. Weitergehende Schritte aber, wie die Umstellung auf biologische

Landwirtschaft, sollen meiner Meinung nach auf freiwilliger Basis geschehen. Die Veränderungen, die auf uns zukommen, sind gewaltig; deshalb bin ich der Meinung, dass die Änderungen schrittweise kommen müssen. Der Gegenvorschlag ist ein Schritt in die richtige Richtung.

db (Daniel Brunner): Der vorliegende Verfassungsartikel bringt nicht die notwendigen Änderungen, die einem biologisch und tierfreundlich produzierenden Betrieb das wirtschaftliche Überleben sichern könnten. Die Schweizer Landwirtschaft steht vor grossen Änderungen: Auf der einen Seite ist der Trend sinkender Produktionspreise nicht aufzuhalten, andererseits besteht der Trend zu vermehrten Direktzahlungen. Es stellt sich da die Frage: Wenn wir mit Direktzahlungen eingreifen, welche Strukturen wollen wir dann? Darauf gibt der Gegenvorschlag keine Antwort; er legt keinen Mindeststandard fest, der zu Direktzahlungen berechtigt, er schreibt keine klare Deklarationspflicht vor, die wichtig wäre, damit die KonsumentInnen besser entscheiden könnten, und er bringt keine Lenkungsabgaben, z.B. auf Mineraldünger und Pestizide, nicht einmal in einer «kann»-Formulierung.

Auszugehen ist ja bei Bioprodukten nicht von einem Nischenmarkt von 1 bis 2%, wie er heute noch besteht, sondern, wie

der Erfolg von Coop zeigt, von einem Anteil von 10 bis 20% in wenigen Jahren. Um diese Nachfrage zu decken, müssen bei den Direktzahlungen deutlich andere Akzente gesetzt werden.

ph: Die Verschiebung der allgemeinen Direktzahlungen zu den an ökologische Leistungen gebundenen kommt durchs Gesetz, weil darin vorgeschrieben ist, dass in wenigen Jahren beide gleich hoch sein müssen. Es wird also sowieso mehr Biobetriebe geben. Mein Wunsch wäre es natürlich, dass es mehr als die angesprochenen 10 bis 20% sein werden.

db: Die Verschiebung der Direktzahlungen zugunsten der ökologisch höheren Standards ist tatsächlich im Gesetz festgehalten. Aber eben nur im Gesetz, denn im neuen Verfassungsartikel fehlt ein entsprechender Paragraph. Wenn wir das Budget 1995 betrachten, sind die allgemeinen Direktzahlungen in absoluten Zahlen viel stärker gestiegen als die ökologisch gebundenen, obwohl sie sich angleichen müssten.

ph: In der vorliegenden Verfassungsänderung ist festgehalten, dass der Bund naturnahe, umwelt- und tierfreundliche Produktionsformen fördert; es steht also klar drin.

Bulletin: *Sind die Direktzahlungen gefährdet, wenn die Verfas-*

sungsänderung nicht angenommen wird?

ph: Wenn sie in der Verfassung verankert sind, sind sie natürlich besser gesichert, als wenn sie nur im Gesetz festgeschrieben sind. Es besteht momentan eine grosse Unsicherheit wegen der Bundesfinanzen. Heute sind zwar die Direktzahlungen da, aber dann heisst es plötzlich, der Bund hat kein Geld, es wird gekürzt, und dann stehen wir ohne da.

db: Das ist genau ein wunder Punkt des Gegenvorschlags: Er sagt nichts über die Höhe der Direktzahlungen! Da stellt sich die Frage: Mit wem wollen die Bauern und Bäuerinnen eine Koalition ein-

gehen, um die Direktzahlungen zu sichern? Das Ziel der meisten, die den Gegenvorschlag stützen, ist es, möglichst billige Nahrungsmittel zu haben. Die Umwelt- und Tierschutzorganisationen hingegen akzeptieren, dass gute Bioprodukte ihren Preis haben.

ph: Mit der Koalition, wie sie die Vereinigung Kleiner und Mittlerer Bauern (VKMB) mit dem Grossverteiler Denner eingegangen ist, habe ich auch Mühe. Denner will ja nun wirklich nur möglichst billige Nahrungsmittel verkaufen.

db: Wir sind gegen die zweite Initiative des VKMB, die glauben machen will, dass mit grosszügigen, an die Fläche gebundenen Di-

rektzahlungen die Probleme der Zukunft gelöst seien. Unsere Plattform ist die Bauern- und KonsumentInnen-Initiative (BuK), die eine klare Deklarationspflicht verlangt, die Lenkungsabgaben auf die umweltbelastenden Produktionsinputs vorschreibt und die erreichen will, dass die umwelt- und tierfreundliche Produktionsweise insgesamt wirtschaftlich lohnend sein muss, und nicht, dass bloss einzelne Produktionszweige wirtschaftlich gefördert werden. Wir behaupten auch nie, dass wir das Wunder vollbringen können, billig zu produzieren, und das alles biologisch. Deshalb haben wir Probleme mit dem VKMB, zunehmend auch mit SP-VertreterInnen, die mit ihrem Stichwort «Bioland Schweiz» andere Ziele verfolgen.

ph: Zu einem Bioland Schweiz sage ich Ja, wenn der Konsum es verlangt. Einige Aspekte der BuK-Initiative würde ich sicher begrüßen, wie schon gesagt die Deklarationspflicht. Aber die Lenkungsabgaben sind schon ein heisses Eisen... Es ist ja so, dass die Pestizid ausstösse und der Düngerverbrauch in den letzten fünf Jahren um rund ein Viertel zurückgegangen sind.

Bulletin: Die Bevölkerung akzeptiert die Kosten der Landwirtschaft immer weniger.

ph: Dass die Ausgaben für die Landwirtschaft auf Kritik stossen, ist ja nicht neu...

db: Um so mehr müssen wir bemüht sein, die Zahlungen an Bedingungen und Leistungen zu knüpfen, welche für die Bevölkerung einseitig und akzeptabel sind.

ph: Aber die sind ja an Leistungen gebunden, denken wir nur mal

Zu den Personen



Daniel Brunner, 37, Inhaber «Büro Gegenwind» (Dokumentationsstelle für Sozial-, Lokal- und Umweltpolitik).

Mitgründer der Interessengemeinschaft für eine biologische Zuger Landwirtschaft («IG Bio») im Jahre 1987, Präsident der «IG Bio» seit 1992, SGA-Gemeinderat seit 1987.



Peter Hegglin, 34, verheiratet, 3 kleine Kinder, Biobauer.

Präsident des Zuger Bauernverbandes, CVP-Kantonsrat seit 1991.

Biobetrieb mit 9 ha Eigen- und 12 ha Pachtland, 18 Milchkühen, 300 Hochstammbäumen (Kirschen und Mostobst), Legehennen, wenig Ackerbau (Berggebiet!).

an die Nachteile, die wir hier in der Schweiz gegenüber den EU-Ländern haben: Wir haben eine kleinbäuerliche Struktur mit einem durchschnittlichen Betrieb von 16 ha und 17 Kühen, in Deutschland oder Frankreich haben die Bauernbetriebe im Schnitt 60 Kühe und benötigen 40 ha, um einigermaßen bestehen zu können. Wir haben also strukturelle Produktionsnachteile, ausserdem auch topographische und klimatische Einschränkungen.

Auch Gewässer- und Tierschutzaufgaben sind bei uns strenger als anderswo. Das sind Nachteile, die zu Recht durch allgemeine Direktzahlungen ausgeglichen werden.

db: Mich verwundert, dass Du als Biobauer deine KollegInnen mit bedeutend tieferem Standard in Sachen Umweltbelastung verteidigst und sagst, in der Schweiz hätten wir einen so hohen Standard. Ausserdem ist der bestehende Standard meiner Meinung nach nicht mehr vermarktbar. Das zeigt auch das Beispiel Migros, die rein aus Marketinggründen mit Coop in Sachen Bioprodukte gleichziehen möchte. Für die KonsumentInnen muss der Produktionsstandard ersichtlich sein, 95% der Schweizer Bauernbetriebe haben aber keinen IP- oder Bio-Standard. Nur für diese sind aber in Zukunft die hohen Direktzahlungen begründbar.

ph: Der Standard im Kanton Zug ist sehr hoch: Wir haben 18% IP- und 3% Biobetriebe. Viele BetriebsleiterInnen haben Mühe, auf Bioproduktion umzusteigen, obwohl im Berggebiet kaum jemand Probleme mit der Umstellung hätte, aber irgendwie sind da innere Hemmungen vorhanden. Unter den Bauern und Bäuerinnen gilt: «Mach immer das Gegenteil von



Gegner der Vorlagen: «IG Bio»-Vertreter Dani Brunner.

dem, was empfohlen wird, denn davon gibt's in zwei Jahren wieder zuviel.» Wenn aber der Marktanteil für Bioprodukte in den nächsten Jahren steigt, bin ich sicher, dass dann viele nachziehen werden, da vertraue ich auf den Markt.

db: Das Verrückte ist ja, dass Leute, die sich heute für weitergehende und bessere Agrarreformen einsetzen, von vielen Bauern als VerräterInnen verschrien werden; es braucht aber eine Koalition mit den Leuten, die bereit sind, für Bio- und Freilandprodukte mehr zu bezahlen.

ph: Ich glaube, dass es dafür einen Umdenkprozess braucht, der Zeit beansprucht. Deshalb müssen die Änderungen schrittweise vollzogen werden, das Vorgehen muss für alle nachvollziehbar sein.

Es gibt ja GegnerInnen der Vorlage innerhalb des Bauernstandes, die auf der anderen Seite stehen: FundamentalistInnen, die gar nichts geändert haben wollen. Der Gegenvorschlag ist ein gangbarer Mittelweg.

Bulletin: *Wie wird die Landwirtschaft durch das Gatt/WTO-Abkommen betroffen?*

ph: Es wird gesagt, dass wir das Gatt/WTO-Abkommen annehmen müssten, weil sonst der EU-Beitritt komme. Dieses wird aber ganz klar weitreichende Strukturänderungen bedingen. Wenn wir sehen, wie in Österreich aufgrund des EU-Beitrittes die Preise z.B. für die Milch um mehr als die Hälfte gesunken sind, dann kann ich nur hoffen, dass das bei uns nie eintreffen wird. Aber eine Alternative zum Gatt sehe ich nicht.

db: Nach dem EWR-Nein ist ein Gatt-Ja unumgänglich.

Bulletin: *Sind Preisstürze nach einem Gatt-Ja unvermeidlich? Was gibt es für Gegen- oder zumindest Begleitmassnahmen?*

db: Ich denke, dass ein grosser Teil der bevorstehenden Preissenkungen unter dem Vorwand Gatt verkauft werden, die Probleme aber liegen anderswo. Gesicherte Preise und gesicherter Absatz sind für unsere Verhältnisse einfach zu viel. Für die Landwirtschaft bringt das Gatt sicher den Druck mit sich, dass wir klar erkennen müssen, dass bäuerliche Betriebe, die nicht auf umweltfreundliche Produktion umstellen, nicht mehr mit Zahlungen aus der Bundeskasse unterstützt werden können, weil wir die Zahlungen begründen können müssen, die unbedingt notwendig sind.

ph: Im Gegenvorschlag heisst es ja, dass es bodenbewirtschaftende bäuerliche Betriebe sein müssen...

db: Da müssen wir aber präzise sein: «Bodenbewirtschaftend» heisst eben nicht «bodenabhängig»; das war im Parlament um-

stritten, klarere Regelungen sind aber abgelehnt worden. Jetzt darf der Begriff «bodenbewirtschaftend» nicht als Argument für eine ökologische Produktionsweise gebraucht werden, denn die Formulierung wurde bewusst verwässert.

Bulletin: *Stichwort Deklarationspflicht...*

ph: Für mich ist schon auch wichtig, dass unsere Produkte klar deklariert werden, als Schweizer- bzw. Zuger-Produkt und dann noch als IP- oder Bio-Produkt.

db: Die BauernvertreterInnen im Parlament waren aber klar dagegen mit dem Argument, dass die konventionellen Bauernbetriebe diskriminiert würden. Die KonsumentInnen werden es auf die Dauer nicht dulden, wenn keine klare Deklaration erfolgt; gerade wenn wenig staatliche Kontrolle stattfindet, ist es um so wichtiger, dass die KonsumentInnen nach ihren Auswahlkriterien einkaufen können.

Der Gegenvorschlag sagt, dass umweltgerechte Produktion gefördert werden soll. Für mich ist dies zu einem grossen Teil Etikettenschwindel. Ausserhalb der Schweiz darf aber schon lange nicht mehr pauschal von umweltgerechter Produktion gesprochen werden; dieses Label verdient in der EU nur, wer die Bio-Richtlinien erfüllt.

ph: Im Ausland besteht aber ein viel tieferer Standard als in der Schweiz; EU-Bio heisst in etwa soviel wie Schweizer IP. IP ist nicht gar nichts, sondern bedeutet auch höheren Standard als konventionelle Produktion; die IP wird bald die neue konventionelle Produktion sein.

db: Wir sind mit der IP ja auch einverstanden, sie muss aber der



Biobauer Peter Hegglin tritt für die Landwirtschaftsvorlagen ein.

Minimalstandard für eine Unterstützung sein. Da braucht es klare Signale.

Bulletin: *Peter Hegglin, Ihr vertraut immer noch auf freiwillige Umstellungen. Läuft Euch nicht die Zeit davon?*

ph: Der Anteil von Biobetrieben wird im Kanton Zug schnell auf zehn Prozent steigen. Wenn die Nachfrage vorhanden ist, werden wir uns darauf einstellen.

db: Der Erfolg von Coop zeigt deutlich, dass die Nachfrage vorhanden und im Steigen begriffen ist. Heute gibt es etwa 2% Biobetriebe – wenn also der Bedarf an Bioprodukten mit Schweizer Ware gedeckt werden soll, müssen wir vorwärts machen. Die Vorlagen bewirken da aber gar nichts, ihre Ablehnung wäre aber ein klares Signal an Politik und Landwirtschaft. Ausserdem muss der Umdenkprozess finanziell angekurbelt werden.

Bulletin: *Nun nochmals zu den Abstimmungen vom 12. März. Was*

sind Eure Argumente beim Milchwirtschaftsbeschluss?

db: Der Milchwirtschaftsbeschluss beinhaltet einen Punkt, den ich gut finde, das ist die Einführung von mehr Markt. Ich wende mich aber klar gegen den Beschluss, weil er nicht vorsieht, dass nach einer Übergangsfrist Milchkontingente nur noch von IP- und Bio-ProduzentInnen gekauft werden können. Ausserdem stärkt der Milchwirtschaftsbeschluss die Milchverbände, die teilweise für die Fehlstrukturen verantwortlich sind, in denen die Landwirtschaft heute festgefahren ist.

ph: Der Milchwirtschaftsbeschluss ist ja nur ein Zwischenschritt bis 1998; es wird eine neue Milchmarktordnung eingeführt, mit der die Abnahme- und Preisgarantie wegfallen. Der Beschluss bringt auch eine Qualitätssicherung, die sehr wichtig ist hinsichtlich allfälliger Verhandlungen mit der EU; weiter enthält der Milchwirtschaftsbeschluss eine Verpflichtung der Milchverbände, untereinander Milchdefizite mit Überschüssen auszugleichen. Dazu die Solidaritätsabgaben der VerwerterInnen oder die Fettmengenbeschränkung in «kann»-Formulierung.

db: Das sind Regelungen, die ich auch sinnvoll finde.

ph: Daneben ist der Kontingentshandel, der auch hier erwähnt wird, nur eine Nebensache, der viel zu viel Bedeutung beigemessen wird. Kontingentskürzungen kann ich nicht befürworten, denn diese sind ein Pfand, das im Falle von EU-Verhandlungen oder gar einem EU-Beitritt von unersetzlichem Wert ist.

Bulletin: *Peter Hegglin, glaubst Du nicht, dass es nach dem 12. März Kontingentskürzungen geben wird?*

ph: Ich hoffe es nicht. Nochmals aber zum Kontingentshandel: Solange die Kontingente an die Betriebsfläche gebunden sind, wird der Handel nie grosse Veränderungen bringen. Tierfabriken kann es nicht geben. Es stimmt aber, dass die Kontingente nicht an Umweltstandards gebunden sind.

db: Das ist genau das Problem: Der Milchpreis wird bis auf 50 Rappen sinken, wodurch nur noch grössere Betriebe rentabel funktionieren können; wenn heute vielleicht 15 Kühe ausreichen, um einen anständigen Lohn erwirtschaften zu können, wird es dann 25 Kühe und mehr brauchen. Deshalb sage ich: Den Strukturwandel geschehen lassen, finde ich in Ordnung, wir müssen ihn aber in Richtung Ökologie lenken, sonst geben wir ein falsches Signal, nämlich «wachse oder weiche»!

ph: Ich kann ja nicht einfach Kühe kaufen, denn die Anzahl Kühe ist ja immer an die Betriebsfläche gebunden.

db: Es gibt aber heute konventionelle Betriebe mit tiefem Kuhbesatz, die sehr wohl dazukaufen können und damit den kleinen und ökologisch orientierten Höfen Probleme bereiten.

ph: Es gibt daja viele Beschränkungen wie z.B. Verkaufsverbot vom Berg ins Tal. Ausserdem muss doch die Möglichkeit zur Vergrösserung bestehen bleiben...

db: Ja, aber nur für IP- und Bio-Betriebe. Mir fehlen klar die Leitplanken, welche die Entwicklung



Dani Brunner: «Mir fehlen klar die Leitplanken, welche die Entwicklung in diese Richtung lenken.»

in diese Richtung lenken.

Bulletin: *Stehen die Solidaritätsbeiträge nicht quer in der politischen Landschaft?*

ph: In der Verfassungsvorlage heisst es doch, dass die Bauern und Bäuerinnen mehr Eigenverantwortung übernehmen müssen. Die Solidaritätsbeiträge gehen in diese Richtung. Denn wenn der Markt weiter liberalisiert wird, werden wir Bauern und Bäuerinnen den Grossverteilern noch mehr ausgeliefert sein, weshalb es wichtig ist, dass wir einen Zusammenschluss haben. Das Gute an dieser Vorlage ist, dass die Bauern und Bäuerinnen, die an den Generalversammlungen der Branchenorganisationen teilnehmen, selber über Höhe und Verwendung der Abgaben bestimmen können. Das ist ein föderalistischer Aufbau, nicht wie in den umliegenden Ländern, wo der Staat über diese Abgaben bestimmt.

db: Es kommt mir wirklich so vor, wie wenn der LehrerInnenverband, der wie andere Berufsver-

bände auch von verschiedenen Seiten unter Druck steht, beschliessen würde, dass alle LehrerInnen, auch Nichtverbandsmitglieder, einen Beitrag bezahlen müssten. Wenn ein Verband die Interessen aller vertritt, ist das o.k. – ich bin nicht dafür, dass TrittbrettfahrerInnen geschützt werden sollen. Aber gegen die Biobauern und -bäuerinnen verhalten sich die Verbände äusserst aggressiv.

Wenn der Verband Werbung macht und sagt: «Schweizer Fleisch ist das beste», dann bringt das einem Biobauern wenig. Denn sein Eigeninteresse ist es doch, ein eigenes Label zu haben, so dass sein Produkt als biologisch erkennbar ist. Das liegt auch im Interesse der KonsumentInnen.

Bulletin: *Vielen Dank für das Gespräch.*

* Das Gespräch fand am 3. Februar statt.

Solidarität schafft Sicherheit

Am 24. September finden die Nationalratswahlen statt. Da der Kanton Zug erstmals drei statt nur zwei VertreterInnen nach Bern schicken kann, hat die Linke eine grosse Chance, einen der drei Sitze zu erobern.

Josef Lang

Eine alternative Kandidatur drängt sich aus zwei Gründen auf. Erstens gibt es wichtige Inhalte, die nur wir vertreten. Zweitens wächst so die Chance, dass der dritte Zuger Sitz an das linksgrüne Bündnis und nicht an irgendeine bürgerliche Liste fällt.

Vier Themenkomplexe

Das Ziel der Zuger Bürgerlichen ist es, ihr Rollback vom Herbst 94 fortzusetzen, vor allem gegen soziale, ökologische und feministische Errungenschaften. Dabei werden sie versuchen, ihre Sicht von Spar- und Sicherheitspolitik in der öffentlichen Diskussion durchzusetzen. Während die Nur-Grünen in ihrer Antwort das Soziale vernachlässigen und dabei nur schwer auf die Verunsicherung reagieren können, kommt bei der SP das Ökologische zu kurz; sie verpasst so die Chance, auf die aus der Umweltzerstörung folgenden Unsicherheiten zu reagieren.

Die drei Hauptthemen der Nationalratswahlen 1995 dürften, wie es aussieht, die soziale Frage, die Bundesfinanzen (in diesem Zusammenhang die Neat), die öffentliche Sicherheit und die Europäische Integration werden. Vor allem vier Themenkomplexe sind es, in denen die Alternativen besondere Inhalte vertreten. Erstens die Ver-

bindung des Sozialen mit dem Ökologischen und der «Frauenfrage» und damit die dreifache Antwort auf drei reale Gefährdungen, welche die Bürgerlichen sehr gerne verdrängen: die Arbeitslosigkeit und die gefährdete Zukunft der Sozialwerke, die ökologischen Risiken und die Ausgrenzung der von der neuen Armut am stärksten betroffenen Bevölkerungsschicht, der alleinerziehenden Frauen.

Zweitens der Versuch, die Sicherheitsfrage offensiv aufzunehmen und Antworten zu entwickeln, die nicht repressiv, sondern liberal sind (z.B. Drogenliberalisierung) und die Probleme an der Wurzel packen: Solidarität schafft Sicherheit. Dieser Slogan, den wir bei den kantonalen Wahlen zu wenig systematisch um- und eingesetzt haben, beinhaltet noch etwas Weiteres: Wir bauen nicht auf einen starken Staat, sondern auf eine freiere und fairere Gesellschaft.

Drittens setzen wir uns damit zusammenhängend ein für einen Ausbau der direkten Demokratie (konstruktives Referendum, Verwaltungsreferendum, Gesetzesinitiative), für die Demokratisierung der Wirtschaft (Mitbestimmung) und für einen aktiveren Einbezug der Bürgerinnen und Bürger ins politische Leben, z.B. über die Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips und eine basisorientierte Politik.

Viertens schliesslich sind wir für eine offene Schweiz, die sich an der Europäischen Integration und

an den Vereinten Nationen beteiligt, ohne die ökologischen, sozialen und demokratischen Errungenschaften leichtfertig zu opfern, die sich innerhalb Europas stark macht für die Ärmsten der Welt, für eine offene Asylpolitik und gegen die grassierende Fremdenfeindlichkeit.

Ein linksgrünes Bündnis

Die Linke muss gesamthaft auf 25% der Stimmen kommen, um einen sicheren Nationalratssitz zu machen. Weder die SP noch die Alternativen allein schaffen das mit Sicherheit, selbst wenn sie öffentlich zugunsten der Partnerin verzichten würden. So hat die SP-Kandidatin bei den Ständeratswahlen nur 18% gemacht, obwohl die meisten Alternativen sie unterstützt hatten.

Für ein Nationalrats-Wahlbündnis gibt es zwei Möglichkeiten: Wir schliessen eine Listenverbindung, indem zwei unabhängige Listen mit je drei Namen technisch miteinander verbunden werden. Oder wir machen eine gemeinsame Liste mit gesamthaft drei KandidatInnen. Die beiden Varianten werden in der SGA und in anderen alternativen Gruppierungen, aber auch in der SP diskutiert. Ein erstes Gespräch mit der SP hat gezeigt, dass auf beiden Seiten der ernsthafteste Willen da ist, ein Geknatsche à la Ständeratswahlen zu verhindern. □

Wieder keine Frau im Ständerat

Die kleinen Machiavellis in der CVP werden sich die Hände gerieben haben: entgegen den Erwartungen der meisten Auguren schaffte es der in der Halbzeit eingewechselte Peter Bieri doch ins Stöckli. Auf der Strecke blieben der Obersparner U. B. Wyss – und die Frauen.

Martin Stuber

Wenn es bei diesen Wahlen eine Gelegenheit gab, den allgemeinen politischen Trendwechsel mit Händen zu greifen, dann letzten Herbst am Ständeratspodium im «Löwen» Zug. Drogen und Sparen waren die Hauptthemen, und bei beidem konnte es einem angst und bange werden angesichts der Töne aus dem Lager der vier bürgerlichen KandidatInnen. Dabei machte auch der sonst eher mit einem liberalen Image behaftete Andreas Iten keine Ausnahme und unterschied sich nur gerade in einem Punkt vom «Trio infernal» Hitz, Wyss und Graf: es gebe neben der Wirtschaft auch noch andere berechnete Interessen in der Politik.

Bürgerliche Mobilisierung

Wer angesichts der personellen – nicht politischen! – Zerstrittenheit im bürgerlichen Lager auf einen Bonus zugunsten von Rotgrünbunt hoffte, sah sich getäuscht. Neben dem Trendwechsel spielte nämlich auch die Konstellation der KandidatInnen zugunsten der Bürgerlichen: Vor vier Jahren dominierte die Polarisierung zwischen dem politisch angeschlagenen Markus Kündig und der SP-Liste mit Dolfi Müller und Rosemarie Rossi den Wahlkampf. 1994 lag das Hauptinteresse der lokalen Medien beim Zwiist innerhalb der CVP. Die zum ersten Mal kandidierende SVP drückte das gesamte

KandidatInnenspektrum noch weiter nach rechts.

Rotgrünbunt war geschwächt durch die Auseinandersetzungen zwischen SP und Alternativen, zudem wollte die SP von einer gemeinsamen Liste bei den Ständeratswahlen nichts wissen.

Ein Vergleich der Resultate von 1990 und 1994 zeigt, dass sich diese Konstellation mobilisierend zugunsten der Bürgerlichen ausgewirkt hat, auch bei den WechselwählerInnen. Trotz unterschiedlicher Ausgangslage (sieben Listen 1994 gegenüber vier Listen 1990, wobei auf der SP-Liste damals zwei Kandida-

tInnen standen) sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache:

1990 erzielten die beiden bürgerlichen Kandidaten zusammen rund 30'000 Stimmen.

1994 entfielen auf die vier bürgerlichen KandidatInnen rund 32'400 Stimmen, dies bei gleich viel Stimmenden wie 1990.

Das rotgrünbunte Spektrum kam 1990 auf 16'700 Stimmen, 1994 waren es nur noch 12'500. Werner Gattiker auf der bunten Liste 1990 und Susanne Fassbind auf der Liste «Mut für Zug» sind hier zum rotgrünbunten Spektrum gezählt.

Gutes Resultat von Doris Angst-Yilmaz

Es soll nicht verhehlt werden: Viele Alternative waren am Wahltag enttäuscht vom Resultat unserer Kandidatin. Besonders das Resultat in der Stadt Zug musste zu denken geben: Hier hat Doris Angst 100 persönliche Stimmen weniger gemacht als die SGA im Kantonsrat Listenstimmen, während sogar nur halb so viele alternative Ständeratslisten eingeworfen worden sind.

Wird das Resultat aber mit dem Ergebnis der Nationalratswahlen 1991 verglichen, sieht die Sache etwas anders aus: Unter vergleichbaren Bedingungen hat Jo Lang weniger Stimmen gemacht,

während Dani Brunner rund 400 Stimmen mehr erhielt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Doris Angst-Yilmaz als politische «Nobody» angetreten ist, und eingedenk des Umstandes, dass 1994 die Alternativen allgemein etwas an Stimmen verloren haben, hellt sich das Bild weiter auf. Interessant ist auch, dass eine Hochrechnung der Listenstimmen der Alternativen bei den Kantonsratswahlen praktisch die Stimmenzahl von Angst ergibt.

Das alles enthebt uns allerdings nicht der selbstkritischen Frage, unter welchen Umständen «chancenlose» Kandidaturen sinnvoll sind.



Den Umständen entsprechend machte die alternative Kandidatin Doris Angst-Yilmaz ein gutes Resultat.

■ Bild Bulletin

Parteienwahl auch beim Majorz

Der Vergleich mit 1990 zeitigt noch ein anderes interessantes Resultat: Majorzwahlen seien Persönlichkeitswahlen, so die gängige Aussage. Wenn das stimmt, dann geht der Trend aber eher Richtung Parteienwahl, auch bei Majorzwahlen. Wie anders lässt sich erklären, dass 1994 im ersten Wahlgang 43% der Stimmenden eine unveränderte Ständeratsliste mit nur einem Namen eingeworfen haben, während es 1990 nur 39% waren? Erst im 2. Wahlgang, wo es wirklich um die Wurst ging, begnügten sich noch 35% mit einer unveränderten Liste.

Bürgerliche Wählerschaft parteitreu

Weil für zwei Gemeinden (Zug und Steinhausen) die Detailauswertungen des ersten Wahlganges vorliegen, lässt sich diese Aussage noch etwas präziser fassen:

Sowohl in Steinhausen wie auch in Zug war der Anteil an unveränderten Listen tiefer als im Kantonsdurchschnitt (je 40%). Der Verdacht, dass je bürgerlicher eine Ge-

meinde wählt, desto höher der Anteil an unveränderten Listen ist, wird durch Unterägeri bestätigt, wo der Anteil an unveränderten Listen 48% betrug. Also je bürgerlicher, desto parteitreuer.

Die drei (bürgerlichen) Männer hatten alle einen höheren Anteil an unveränderten Listen, der im Falle von SVP-Graf in Steinhausen 53% betrug. Martha Hitz lag in Zug im Schnitt, in Steinhausen deutlich darunter. Am offensten stimmten die WählerInnen von Doris Angst-Yilmaz (je 33%) und Susanne Fassbind (37% und 33%), während bei Rosemarie Rossi der schon bei den anderen Wahlen auffallend hohe Stammwähleranteil der SP zum Ausdruck kommt (39% und 44% unveränderte Listen).

Konsequente alternative Wählerschaft

Weiter fällt auf, dass auf jeder 3. Liste von Doris Angst-Yilmaz der Name Fassbind erscheint, während Rossis Anteil hier etwas tiefer liegt. Überraschend auch, dass auf SP-Li-

sten in Zug Andreas Iten mehr Stimmen machte als Doris Angst und Susanne Fassbind (195 / 165 / 180)! Auf der alternativen Liste machten demgegenüber die bürgerlichen Kandidaten nur zwischen 3 und 39 Stimmen.

Fassbinds Elektorat

Auf Interesse dürfte die Frage nach dem Elektorat von Susanne Fassbind stossen: Fassbind hat in Zug deutlich mehr Stimmen (zwischen 28 und 31%) auf bürgerlichen Listen geholt als bürgerliche Kandidaten auf Fassbind-Listen! Wenig erstaunlich, dass fast die Hälfte davon Andreas Iten machte, während Hitz und Graf nur selten auf Fassbinds Liste auftauchen.

Auf jeder vierten Fassbind-Liste stand Doris Angst oder Rosemarie Rossi. In Steinhausen war dieser Anteil höher, hier standen auf zwei von fünf Fassbind-Listen die Namen von Angst oder Rossi.

Fassbinds Elektorat unterscheidet sich von Gemeinde zu Gemeinde und reicht sowohl in liberale Wählerschichten wie auch ins rot-grünbunte Spektrum hinein. Im rechtsbürgerlichen Bereich holte sie nur sehr wenig Stimmen. □

Repressive Drogenpolitik: «Mehr Elend und höhere Steuern!»

Mit ihrer Interpellation «betreffend Lettenräumung und Versuch der ärztlichen Verschreibung von Betäubungsmitteln» hat die Kantonsrätin Manuela Weichelt von der Frischen Brise Steinhausen Bewegung in die Zuger Drogenpolitik gebracht. Als Sozialarbeiterin beschäftigt sie sich auch im Berufsalltag mit dieser Problematik.

Interview* Martin Stuber

Bulletin: Zug hat Anfang Februar vom Bundesrat die Bewilligung für die Abgabe von Heroin an 20 und die Abgabe von Morphin an fünf DrogenkonsumentInnen erhalten. Kann Zug damit sein Betäubungsmittelproblem lösen?

Manuela Weichelt: Überhaupt nicht. Das Suchtproblem ist damit nicht gelöst, es fällt lediglich für 20 bis 25 Frauen und Männer der Beschaffungsstress weg, die gesundheitlichen Risiken werden vermindert, die Arbeits- und Wohnsituation kann verbessert werden, und es gibt die Möglichkeit, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.

Genügt die Bewilligung für 25 Plätze?

Nein. Wenn der wissenschaftliche Versuch Ende 96 abgelaufen ist, müssen wir uns noch stärker für eine Legalisierung der Drogen einsetzen. Es gibt bedeutend mehr KonsumentInnen von heute noch illegalen Drogen. Im Kanton Zug wird ihre Zahl auf etwa 400 geschätzt. Davon wurden zwischen dem 20. Juni 92 und dem 21. November 94 die Personalien von insgesamt 94 verschiedenen ZugerInnen in der Zürcher Drogenzene aufgenommen.

Was versprichst Du Dir von einer Legalisierung?

Das wichtigste für mich ist eine starke Verminderung der sozialen Folgekosten:

- Es muss nicht mehr das ganze Einkommen in den Kauf von Betäubungsmitteln gesteckt werden.

- Damit verbunden ist eine starke Verminderung der Beschaffungskriminalität (der Tageskonsum von harten Drogen kann ohne weiteres 300 Fr. kosten).

- Für Frauen im speziellen sinkt der finanzielle Zwang zum Verkauf ihres Körpers. Diese Frauen sind in einer besonders schwachen Position und oft gezwungen, dem Druck von Männern, die Sex ohne Präservativ verlangen, nachzugeben..

- Damit ist auch gesagt, dass die Drogenlegalisierung die AIDS-Prävention bedeutend erleichtert. Zusätzlich sinkt beim Wegfall von Stresssituationen das Risiko des Nadelauschusses.

- Die zeitliche Beanspruchung für die Beschaffung verunmöglicht heute teilweise eine regelmässige Erwerbstätigkeit. Auch dieses Problem würde entschärft.

Eines muss uns aber völlig klar sein: mit der Legalisierung können wir die Suchtprobleme nicht lösen. Es ist ein gesellschaftliches Problem, und da müssen wir uns alle selbst an der Nase nehmen.

Zurück zur aktuellen Situation: Ist Zug mit diesen 25 Bewilligungen denn nun vorbereitet auf die Rückkehr der Abhängigen nach der Lettenschliessung?

Nur zum Teil. Die Bewilligung des Bundesrates vom 31.1.95 betreffend Umwandlung der Morphin- in Heroinplätze alleine genügt nicht:

Noch immer ist die Importbewilligung durch das International Narcotics Control Board in Wien ausstehend. Sie wird auf Ende Februar 95 erwartet. Laut Auskunft des BAG könnte Zug danach sofort starten. Nun muss es aber zuerst noch die «eigenen» politischen Mühlen passieren, d.h., der Kantonsrat muss noch seinen Beschluss fassen und den Kredit sprechen. Zudem ist die Abgabestelle noch nicht definitiv bestimmt. Es müssen wahrscheinlich noch Umbauarbeiten vorgenommen werden, und das Personal muss gesucht werden.

Die Fixierung auf die Lettenräumung finde ich fragwürdig. Der Kanton Zug hat eigentlich schon sehr früh – bereits 1992 – mit der Planung einer kontrollierten Betäubungsmittelabgabe begonnen. Leider hat die konkrete Umsetzung auf sich warten lassen. Seit März 94 verlangt die Regierung Abklärungen bezüglich Trägerschaft, Standort und Kosten. Die Probleme mit der Verträglichkeit von Morphin in Zürich verzögerten die Umsetzung in Zug.

Wie ist denn die Aussage von Sanitätsdirektor Birchler und Justiz- und Polizeidirektor Hanspeter Uster zu werten, dass Zug «auf die Auswirkung der Lettenräumung vorbereitet» sei?

Ich betrachte diese Aussage mit Vorsicht und gewissen Fragezeichen. Erstens sind die Abhängigen dort, wo der Stoff ist, und das ist nur z.T. der Kanton Zug. Also müssen sie weiterhin nach Zürich. Zweitens



«Zwangstherapien führen erfahrungsgemäss in den allerwenigsten Fällen zum Erfolg.»

■ Bild Bulletin

gibt es auch bei den Zuständigkeiten für Tagesstrukturen der rückkehrenden DrogenkonsumentInnen noch einiges zu regeln.

Kannst Du das konkretisieren?

Die Stadt Zug ist bereit, versuchsweise eine Anlaufstelle für die Monate März und April einzurichten. Die Haltung des Zuger Stadtpräsidenten Othmar Romer lässt aber keine Zweifel daran, dass diese nur für StadtzugerInnen offen ist. Verschiedene Gemeinden haben diesbezüglich bereits interveniert, was ich gut verstehen kann. Wie sinnvoll ist es, dass wir elf verschiedene Anlaufstellen einrichten, was z.B. in Steinhäusern eine Infrastruktur für drei oder vier Schwerstsuchtige bedeuten würde? Zudem geht dabei vergessen, dass die Anonymität sowohl für die Betroffenen als auch ihre Familien

eine wichtige Rolle spielt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in Menzingen die Betroffenen eine Anlaufstelle im Dorf benützen würden. Es ist doch kein Zufall, dass ein Letten in der Anonymität einer Grossstadt wie Zürich entstanden ist.

Romer hat gesagt, dass er eine Sogwirkung auf andere Gemeinden verhindern will. Was meinst Du dazu?

Städte üben seit eh und je Zentrumsfunktionen aus, was ich auch sinnvoll finde. In einem grösseren Gemeinwesen wie einer Stadt mit 22'000 EinwohnerInnen ist es viel einfacher, eine Umgebung zu schaffen, in der es für die Betroffenen möglich ist, die Hilfsangebote zu nutzen, und für uns, mit ihnen in Kontakt zu kommen. Wenn es uns wirklich um eine Hilfe für die Betroffenen geht, dann habe ich kein Verständnis für die Haltung des Zuger Stadtpräsidenten.

Auf der anderen Seite ist für mich klar, dass die Aussengemeinden sich an den städtischen Institutionen finanziell beteiligen müssen. Das muss übrigens eine der Aufgaben der neu zu schaffenden kantonalen Drogenkonferenz sein, die im April ihre Arbeit aufnehmen kann.

Die SVP verspricht im Zürcher Wahlkampf, dass sie die Drogen von der Strasse, die Süchtigen in die Therapie und die Dealer hinter Gitter bringen wird. Ist alles so einfach?

Zwangstherapien führen erfahrungsgemäss in den allerwenigsten Fällen zum Erfolg. Verstärkte Re-

pression lässt die Todesziffer unter DrogenkonsumentInnen ansteigen. Es müssten auch wesentlich mehr Gefängnisplätze geschaffen werden. Dabei wird immer vergessen, dass ein Gefängnistag den Staat etwa 800 Fr. kostet. Eine Tagesdosis Heroin verkauft der Staat für 10 bis 15 Fr. Die SVP-Politik führt in meinen Augen zu höheren Steuern und mehr Elend.

Die Propaganda der SVP knüpft am verständlichen und menschlichen Wunsch an, das Drogenproblem ein für allemal zu lösen. Eine Gesellschaft ohne Süchtige wird aber immer eine Illusion bleiben, das zeigt die Geschichte der Menschheit.

Bist Du der gleichen Meinung wie Hanspeter Uster, dass eine offene Drogenszene unter allen Umständen verhindert werden soll?

Solange die nötigen Auffangstrukturen nicht bereit sind, finde ich das gefährlich. So wird die Szene in private Räume gedrängt, die Eingriffsmöglichkeit der Öffentlichkeit stark eingeschränkt und das Problem aus dem Bewusstsein der Bevölkerung verdrängt.

Aber Hanspeter Uster hat seit Dezember 94 darauf hingewirkt, dass die Lettenräumung im Kanton Zug nicht als primär polizeiliches Problem betrachtet wird.

Ja, er betont das Ineinandergreifen von Überlebenshilfe, ärztlich kontrollierter Abgabe und Repression, wobei diese überhaupt keine Probleme löse. Ich denke seit Dezember 94 bewegt sich die Drogenpolitik des Kantons Zug wieder vorwärts. Das war auch das Ziel meiner Interpellation. In Zukunft erwarte ich, dass unsere ganze Energie in die Milderung der Drogenproblematik gesteckt wird, ohne Parteiengenzänk und persönliche Angriffe. □

* Fand am 4. Februar statt.

Hinein ins neue Jahr

Asylpolitik, Gefängnisplätze, Drogen: Die Themen sind die gleichen geblieben. Aber in vielen Fragen ist eine Entwicklung passiert. Hanspeter Uster zeigt, welche Schwerpunkte er in seiner Tätigkeit gesetzt hat.

Hanspeter Uster

Nun ist der Letten geräumt: Die Lettenräumung kann nicht isoliert als Zürcher Problem betrachtet werden. Genau so wenig dürfen aber ihre Auswirkungen auf den Kanton Zug auf ein polizeiliches Problem reduziert werden. Um das zu verhindern, setzten Urs Birchler und ich im Dezember eine Arbeitsgruppe «Lettenräumung» ein, welche Fachleute aus allen Bereichen und Stufen (Kanton, Gemeinden, nichtstaatliche Institutionen) umfasste. An zwei Sitzungen konnten alle Aspekte besprochen werden; gleichzeitig erfolgten Abklärungen, welche Angebote an Überlebenshilfe die Gemeinden zur Verfügung stellen. Urs Birchler und ich orientierten zudem die Fürsorgechefinnen und -chefs der Gemeinden an ihrer Konferenz. Und Ende Januar konnte der Regierungsrat nun endlich auch die Kantonsratsvorlage für die ärztlich kontrollierte Drogenabgabe verabschieden. Zu hoffen ist, dass der Kantonsrat vorwärtsmacht und den Kredit für die ärztlich kontrollierte Abgabe schnell zur Verfügung stellt. Denn für eine nicht auf Repression zentrierte Drogenpolitik ist die Drogenabgabe eine fundamentale Voraussetzung. Dank der Bewegung, die in den letzten Wochen in die Drogenpolitik des Kantons Zug gekommen ist – vor allem auch durch Manuela Weichelts Interpellation – sind die Voraussetzungen gegeben, dass die aus Zürich zurückkehrenden Menschen hier Überlebenshilfe,

Therapiemöglichkeiten und, wenn sie nicht aussteigen können, auf legale Weise Stoff finden.

Die polizeiliche Sicht

Meine Direktion wie auch die Kantonspolizei sind der festen Überzeugung, dass die Lösung des Drogenproblems nicht an die Polizei delegiert werden darf. Wer nur auf Repression setzt, verkennt die Vielschichtigkeit der Drogenfrage. Ziel und Priorität der polizeilichen Arbeit ist weiterhin die Verhinderung einer offenen Drogenszene. Diese wird wie folgt definiert: «Längeres öffentliches Zusammensein mehrerer Personen zum Zweck des illegalen Konsums harter Drogen oder zum Handel mit illegalen Betäubungsmitteln.» Das bedeutet ganz klar, dass die Polizei nicht Cannabis-KonsumentInnen 'nachspringt'. Mitte Januar 1995 wurde der entsprechende Rahmenbefehl im Hinblick auf die Auswirkungen der Lettenräumung im Kanton Zug vom Polizeikommando ausgearbeitet. Darin weist die Kantonspolizei ebenfalls klar darauf hin, dass die Repression nur ein Mittel ist, welches in einem Gesamtzusammenhang von Überlebenshilfe, Therapie und ärztlich kontrollierter Abgabe gesehen werden muss und nur unter diesen Voraussetzungen überhaupt sinnvoll ist.

Arbeitsbewilligungen für Asylsuchende

Im letzten Bulletin (4/94) habe ich dargestellt, dass im Kanton Zug

die Arbeitsbewilligungen für abgewiesene Asylsuchende erst dann erlöschen, wenn die Ausreise tatsächlich möglich ist. Das betrifft vor allem TamillInnen und Menschen aus dem Kosovo, bei denen die Ausreise mangels Papieren oder aufgrund der Situation in Ex-Jugoslawien unmöglich ist. Diese Auffassung teilte ich dem Bundesamt für Flüchtlinge, das immer einen gegenteiligen Standpunkt hatte, in mehreren Schreiben mit. Und siehe da: Im neuesten Kreisschreiben wurde die Praxis geändert und den Kantonen empfohlen, die Asylsuchenden bis zur tatsächlich möglichen Ausreise arbeiten zu lassen. Ein kleiner Erfolg...

Was generell bei den Arbeitsbewilligungen für Asylsuchende auf jeden Fall verhindert werden muss, ist die Einführung der sogenannten Urner Praxis: Diese befristet Arbeitsbewilligungen für Asylsuchende auf 5 Monate. Weshalb gerade 5 Monate? Nach dieser Zeit gibt es keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Die Fremdenpolizei des Kantons Zug jedoch gibt grundsätzlich unbefristete Arbeitsbewilligungen. Alles andere ist, abgesehen von der fehlenden gesetzlichen Grundlage, menschlich nicht haltbar.

Veränderte Situation bei den TamillInnen

Im Sommer wies ich Bundesrat Koller in zwei Schreiben darauf hin, dass viele Fragen um das Rückkehrabkommen mit Sri Lanka nicht be-

friedigend gelöst sind. Es ging vor allem um die Kontrolle des Abkommens vor Ort, die Aushändigung einer valablen Identitätskarte und generell um die Frage der Sicherheit und Würde der Rückkehr (vgl. Bulletin 3/94). In der Zwischenzeit hat sich die Situation stark verändert: Die von der Dachorganisation der Flüchtlingshilfswerke (Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH) gemachten und von mir in meine Schreiben übernommenen Empfehlungen sind, wie unsere Abklärungen ergeben haben, erfüllt. Davon machte ich unseren Vollzug des Rückführungsabkommens abhängig. Dazu kommt, dass sich auch die politische Situation nach den Präsidentschaftswahlen und die Menschenrechtsfrage stark verbessert haben, so dass eine kontrollierte, überwachte Rückkehr zumutbar und möglich ist. Bisher ist es zu einer zwangsweisen Rückschaffung gekommen.

Umsetzung der Zwangsmassnahmen

Anders als die Kantone Schwyz, Uri, Ob- und Nidwalden hat der Regierungsrat die kantonale Verordnung auf Antrag der Justiz- und Polizeidirektion fristgerecht auf das Inkrafttreten der Zwangsmassnahmen verabschiedet. Es ging im wesentlichen um die Zuständigkeiten. Über die vom Bundesrecht vorgeschriebenen Minimalvorschriften hinaus hat gemäss unserer Verordnung ein Inhaftierter das Recht auf einen amtlichen Rechtsbeistand nach einem Monat Haft; der Antrag der Justiz- und Polizeidirektion ging weiter (ein amtlicher Rechtsbeistand schon für die Haftüberprüfung, also nach spätestens 4 Tagen seit der Inhaftierung); die jetzige Fassung ist aber im gesamtschweizerischen Vergleich gemäss einer sd-Meldung doch die Ausnahme. Bei Redaktionsschluss waren es bisher zwei Personen, die, gestützt auf die



Keine solche Stimmung im Kanton Zug.

■ Bild «Weltwochen»

Zwangsmassnahmen, inhaftiert worden sind, darunter der erwähnte Tamile.

Schwieriger als die Umsetzung auf Verordnungsstufe wird die Frage der Haftplätze sein. Das Bundesgesetz schreibt klar vor, dass aufgrund der Zwangsmassnahmen inhaftierte Personen nicht mit Strafgefangenen oder Untersuchungshäftlingen zusammen untergebracht werden sollten. Solche Haftplätze gibt es aber im Kanton Zug nicht, und wir haben weder die Budgetmittel noch das Personal, um sie zu schaffen. Die anderen Kantone haben ebenfalls keine Haftplätze, wie unsere bisherigen Abklärungen gezeigt haben.

Dieses «Problem» ist aber nicht nur im Kanton Zug aktuell; alle Kantone haben die gleiche Schwierigkeit, überhaupt Haftplätze zur Verfügung zu haben. Ihre Verantwortlichen, die sich im Abstimmungskampf voll und ganz hinter die Zwangsmassnahmen gestellt haben, müssen sich fragen, ob sie auf dieses Problem nicht besser vielleicht schon vor der Abstimmung hingewiesen hätten...

Fruchtbares Gespräch

Im Zusammenhang mit dem unsäglichen Artikel von Richard Aeschlimann (vgl. Bulletin 4/94) kam es zu einem Gespräch zwischen einer SP- und einer alternativen Delegation. Aus unserer Sicht entscheidend ist es, dass gerade im Hinblick auf die Nationalratswahlen die Zusammenarbeit weiterhin gepflegt wird (nur so verhindern wir, dass die Bürgerlichen alle drei Sitze machen) und die Energie nicht in Streitereien investiert wird. Das bedeutet nicht, dass zwischen uns und der SP keine Kritik möglich sein soll; und es heisst auch nicht, dass Konkurrenz nicht auch fruchtbar ist. Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist aber sicher die Bereitschaft, zu akzeptieren, dass es auf der links-alternativen Seite nicht einen monolithischen Block gibt, sondern vielmehr ein vielfältiges Leben verschiedener Organisationen existiert, die in wichtigen Fragen solidarisch zusammenarbeiten. Ich bin überzeugt: Mit dieser Perspektive können wir unsere Energien voll auf die wichtigen politischen Fragen und die Nationalratswahlen konzentrieren. □

Als Neuer im Kantonsrat

Nach 12 Jahren Aktivmitgliedschaft im Grossen Gemeinderat wechselte Josef Lang im letzten Herbst in den Kantonsrat. Er berichtet, wie er das doppelt so grosse Gremium bis jetzt erlebt hat.

Josef Lang

Tatsächlich ist vieles neu im neuen Amt. Aber auch von den drei Gemeinderats-Legislaturen hat keine der anderen geglichen, vor allem weil wir jedesmal anders dastanden. Das Neue ist für mich also nichts Neues.

Die auffälligsten Unterschiede

Beginnen wir mit den auffälligsten Unterschieden zwischen städtischem und kantonalem Parlament. Dieses ist doppelt so gross und vom Design her etwas grauer, oder wenn man es lieber hört: würdiger. Vor allem bei der feierlichen und hochrituellen Eröffnungssitzung merkte man dem Kantonsrat an, dass er bereits 146 Jahre auf seinem Buckel hat. Ob man ihm es hie und da auch ansehen wird, dass er ein Kind der radikalliberalen 47er Revolution ist? Im Kantonsrat wird, was ich aus praktischen und grundsätzlichen Gründen schätze, hochdeutsch gesprochen. Die Linke hat hier einen 40% tieferen, die CVP einen 60% höheren Sitzanteil als im Grossen Gemeinderat. Im Kantonsrat ist der alternative Frauenanteil um einiges grösser und der allgemeine ziemlich tiefer. Weniger positiv für den Kantonsrat fällt ein Vergleich der Zusammenarbeit von Alternativen und SP aus. Während im Gemeinderat das Gemeinsame überwiegt und die Zusammenarbeit gepflegt wird, sieht es hier ganz anders aus. Und

last but not least: vorne sitzt einer der Unsrigen.

Es begann mit einer Schlammschlacht

Angesichts der bürgerlichen Übermacht und weil in den Aussengemeinden der Gegensatz liberal-konservativ noch wirkt, ist der Bürgerblock weniger geschlossen als im Gemeinderat. Das brachte uns Neulingen der Chamer CVPler Willy Bernet gleich an der zweiten Kantonsratsitzung, dem ersten Arbeitstreffen, vom 15. Dezember bei. Es ging um die Bestellung des Präsidiums des ziemlich zerstrittenen Kantonsgerichts. Die beiden bürgerlichen Parteien hatten ausgerechnet die beiden ProtagonistInnen des Streites vorgeschlagen: Rolf Meyer (CVP) und Iris Studer-Milz (FDP). In einer vielbeachteten und auch von Bürgerlichen gelobten Rede hat Toni Kleimann die Zustände im Gericht kritisiert und vorgeschlagen, einen unbelasteten Richter an die Spitze des Kollegiums zu wählen.

Wie um Tonis Thesen zu bestätigen, begann der nächste Redner, der Chamer Filialleiter Bernet, gegen die FDP-Kandidatin in einem Ton zu wettern, dass es keine Art hatte. «Wenn der Votant als Bankfachmann mit einem Kreditgesuch konfrontiert wird, hat er vor allem zwei Fragen zu beantworten, nämlich die Frage nach der Kreditwürdigkeit und die Frage nach der Kreditfähigkeit des Kredit-suchenden. Bei der ersten Frage geht es um die Person, ihre persönliche Integrität, ihren Charakter, ihren Lebenswandel usw...».

Frau Milz-Studer musste sich «ihre persönliche Integrität, ihren Charakter und ihren Lebenswandel» in Frage stellen lassen, weil sie zivilrechtlich nicht ins katholisch-konservative Bild passt. Aber da dürfte Herr Bernet weder dem sich in Scheidung befindenden Marc Rich noch dem geschiedenen Markus Kündig einen Kredit gewähren. Bei Frauen gelten offensichtlich andere Kriterien. Joachim Eder (FDP) redete dann auch nur in Tacheles. Er warf Bernet die Eröffnung einer «Schlammschlacht» vor, an der er sich nicht beteiligen wolle.

Aufgrund dieser unschönen Debatte hofften wir Alternativen, dass all jene, welche den beiden vorgeschlagenen ein Zeichen setzen wollten, mindestens im ersten Wahlgang für unseren Kandidaten Peter Huber, selber ein CVP-Mitglied, stimmen würden. Leider taten das nicht einmal die SP-KollegInnen, die praktisch geschlossen für Rolf Meyer stimmten, damit diesem das absolute Mehr im ersten Anlauf verschafften und die frauenfeindlichen Aussagen ungestraft liessen. Ich persönlich war vor der Sitzung unsicher, wem ich im Falle eines zweiten Wahlgangs die Stimme geben würde. Nach Bernets Rede war mir klar: sicher nicht dem offiziellen CVP-Mann. Übrigens erhielt der inoffizielle CVP-Kandidat ganze sechs Stimmen.

KVA-Leiche im Schrank

Meine Jünglingsrede im Rat galt der Abfallplanung. Unter anderem



«In einem Staatswesen, in der das Volk der Souverän ist, darf diesem nichts geheim gehalten werden» (aus Josef Langs Motion für das Öffentlichkeitsprinzip) ■ Bild «Berner Tagwacht»

bat ich den Baudirektor, «die KVA-Leiche endlich zu beerdigen, damit ihre ruhelose Seele nicht länger an Umweltdirektorenkonferenzen umherirren muss». Aus Herrn Twerenbolds Antwort muss man schliessen, dass er die KVA-Leiche weiterhin in einem Schrank aufbewahrt. Indirekt drohte er, sie nach dem Jahre 2000 wieder zu animieren.

Die dritte Sitzung vom 26. Januar begann mit einem trotzigen Intermezzo des SVP-Fraktionschefs (und ehemaligen LdU-Gemeinderates) Jean-Paul Flachsmann, der die Drogenstraktanden und das Hochdeutsch kippen wollte. Sein Nachgeben bei der Sprachenfrage quittierte er mit dem typisch schweizerdeutschen Ausdruck «okay!». Etwas trotzig verhielt sich auch Willy Bernet, der die Motion Sybilla Schmid betreffend Schutzbestimmungen für die Einschränkung von Konsumkreditrisiken nicht überwiesen haben wollte. Nach einem 35-zu-35-Entscheid stimmte der Präsident Robert Baumgartner aus Gründen der Fairness für Überweisung.

Die sonstigen Hauptthemen waren Peter Bossards Verwaltungsratsmandate, das Drogenkonzept und die Finanzplanung. Die Alternative Fraktion hatte sich als einzige dagegen ausgesprochen, dass man als Regierungsrat in derart grossen Unternehmungen sitzen darf. Gegen ein Verwaltungsratsmandat bei der Kolin Holding AG stimmten 12, gegen eines bei der Bossard Holding AG 25 Ratsmitglieder. Die überraschend vielen

Stimmen kamen ausser von der Alternativen hauptsächlich aus der CVP-Fraktion.

Nur Alternative auf SPS-Linie

In der grundsätzlichen Drogenkonzeptdebatte ging es wesentlich um drei Anträge von Manuela Weichelt. Ihr Vorschlag, das illusionäre und auch verlogene Ziel einer «drogenfreien» Gesellschaft zu streichen, wurde nur von den Alternativen und zwei Jungbürgerlichen unterstützt. Ist die SP des Kantons Zug mit der liberalen Drogenpolitik der SPS nicht einverstanden? Der Antrag, das Ziel «Suchtfreiheit» durch «ein gesundes Leben» zu ersetzen, wurde von 10 KantonsrätInnen (6 Alternative, 2 SP, 2 Bürgerliche) unterstützt. Immerhin auf 20 Stimmen, vor allem dank Unterstützung aus der FDP, kam der Antrag, «die Einschränkung der Verfügbarkeit, um das Ziel der Suchtfreiheit anzustreben, zu streichen».

Bei der Diskussion um das Budget und die Finanzplanung, die zeitgleich mit der Finanzdebatte im Bundeshaus stattfand, passierte das gleiche wie bei der Drogendebatte. Nur die Alternativen argumentierten auf der Linie der gesamtschweizerischen SP. Bereits in der Presseerklärung vor der Sitzung hatte die SP-Fraktion die Zurückweisung des Finanzplans ausschliesslich mit Sparargumenten begründet. Auch im Rat dominierte vor allem bei Armin Jans ein einseitiger Spardiskurs, obwohl im Kanton Zug die Reichen skandalös wenig Steuern zahlen.

Armin begründete mir gegenüber diese Gewichtung mit dem Argument, Steuererhöhungen brächten nicht viel ein. Im Nationalrat hatte der Schweizer Sozialdemokrat Züger in derselben Woche betont, dass das Defizit zu 50% mit Sparen und zu 50% mit Neueinnahmen zu tilgen sei. Die SPS hat gleichzeitig die Lancierung einer Reichtums-Initiative angekündigt. Im gleichen Sinne sprach ich mich im Namen der Alternativen Fraktion dafür aus, auch das Soll-Konto zu berücksichtigen. Dabei erwähnte ich u.a. die Schaffung einer Erbschaftsteuer, die den «Grundsätzen einer Leistungsgesellschaft» gerecht wird. □

Kommissionen

Die 7köpfige Alternative Fraktion hat die 7 Kommissionssitze, auf die sie Anspruch hat, folgendermassen verteilt:

Staatswirtschaftskommission:

Sybilla Schmid, Baar

Justizprüfungskommission: Toni Kleimann, Steinhausen

Strassenbaukommission: Josef Lang, Zug

K. für Wasserbau und Gewässerschutz: Anne Ithen, Risch

Raumplanungskommission: Jeannette Ackermann, Cham

K. für Spitalfragen: Manuela Weichelt, Steinhausen

K. für öffentlichen Verkehr: Arlene Wyttenbach, Zug.

Neubau des Zuger Bahnhofes?

Der Bahnhof Zug, leicht erhöht im Zentrum unserer Stadt gelegen, ist durch seine besondere topographische Lage ein interessantes Objekt. Rund um den Bahnhof sind die Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs (öV) mit einem Einzugsgebiet von rund 80'000 Personen. Braucht es einen neuen Bahnhof?

Anita Stadler

Die Stadtentwicklung richtet sich immer mehr gegen Westen aus. Die Grafenauüberbauung, das kantonale Verwaltungsgebäude, die noch zu realisierende Überbauung auf dem Gaswerkareal sind klare Zeichen. Der Bahnhofneubau soll dieser Zentrumsentwicklung durch seine starke Ausrichtung (Busbahnhof West) Rechnung tragen. Dass ein Neubau und die Verkehrslösung grosszügig geplant werden, ist gerade bei einem solch zukunftsorientierten Projekt notwendig. Das Vorhaben umfasst eine Fläche von insgesamt 29'650m², Gesamtbaukosten 173 Mio. Fr.

Der Gemeinderat der Stadt Zug hat am 29. November 1994 den Bebauungsplänen zugestimmt, von AnwohnerInnen und GewerblernerInnen wurde daraufhin mit Erfolg gegen zwei Bebauungspläne das Referendum ergriffen. Der Bahnhofneubau eröffnet zwar für den öffentlichen Verkehr (öV) neue Dimensionen, es gibt aber ganz eindeutig auch Schwachpunkte.

Der öffentliche Verkehr ist in den letzten zehn Jahren enorm gefördert und ausgebaut worden und wird weiterhin Kapazitätssteigerungen erfahren. Der Gedanke eines zentralen Busbahnhofes und übersichtlicherer Umsteigebeziehungen SBB/ZVB ist der Wunsch vieler. Ob ein zentraler Busbahnhof aber wirklich die Lösung ist,

darf zumindest gefragt werden. Die Beziehung West/Ost wird für den öV durch einen Bustunnel gewährleistet. Damit können die verschiedenen Durchmesserlinien (z.B. Bus Nr. 14 Inwil-Hünenberg, oder Nr. 6 Zug-Steinhausen) die Fahrgäste von der Ostseite sehr nahe an die Geleiseaufgänge bringen.

Busbahnhof Ost und West

Der Bustunnel (Länge 250 m) führt unter der Geleiseanlage hindurch, zwischen Glencore (ehemals Marc Rich) und dem Glashof leicht ansteigend, auf der Busrampe mit separater Spur in die Baarerstrasse. Da es von der Linienführung her nicht sinnvoll ist, dass alle Busse die Schleife zum Busbahnhof West fahren, wird an der jetzigen Haltestelle Glashof der Busbahnhof Ost entstehen. Mit Ausnahme der Linien 3, 7 und 14 werden alle Busse auf beiden Seiten halten. Die Baarerstrasse wird weiterhin beidseitig Haltestellen aufweisen sowie eine separate Abzweigspur für den öV, um in den Bustunnel Richtung West zu gelangen. Zumindest die BewohnerInnen des Glashofs werden an den stinkenden Dieselnissen, die da aus dem und in den Tunnel fahren, nicht sehr Freude haben. Da die kritische Kreuzung Gubelstrasse-Baarerstrasse anscheinend für den motorisierten Individualverkehr (mIV) freigehalten werden muss, ist auch eine andere Linienführung tabu.

FussgängerInnenunfreundlich!

Für die FussgängerInnen von Norden her entsteht auf der Seite Glashof durch die massive Frequenz der ein- und ausfahrenden Busse somit ein beinahe unüberwindbarer Riegel. Da der jetzige Treppenaufgang Süd im Gubeloch und die Unterführung Glashof auch wegfallen, wird der Weg zum Bahnhof doch recht lang und unattraktiv. Wie den Bauplänen zu entnehmen ist, müssen die FussgängerInnen in Zukunft die Unterführung Metalli benutzen. Die direkte FussgängerInnenverbindung zum Bahnhof und weiter Busbahnhof West soll zirka 15m breit werden. Allerdings gibt es verschiedene heikle Punkte, an denen es bei der massiven Zunahme an PassantInnen, PendlerInnen und VelofahrerInnen unangenehm werden könnte. Die bestehende Metalli-Unterführung endet momentan da, wo sie einst unter dem Geleise hindurch direkt ins Bahnhofgebäude führte. Dies ist ein erster kritischer Punkt, denn die VelofahrerInnen wollen da möglichst nahe am Geleiseaufgang ihr Velo parkieren. Also werden die FussgängerInnenströme und rasende Velos ein erstesmal nicht ganz angenehm ihren Weg finden müssen. Weiter wird es bei der Überquerung der Busspuren beim Busbahnhof West bei grossen PendlerInnenströmen bestimmt manch kritische Situation geben. Die grosse Frage aber, ob die Baarerstrasse auf der Höhe

Glencore/alte Migros auch oberirdisch überquert werden darf, muss an Regierungsrat Twerenbold gestellt werden. Der städtische Bauchef ist überzeugt, dass dies geschehen wird. Übrigens, wieso nicht schon jetzt?

390 Parkplätze

Im ganzen Kanton wird es in Zukunft nirgends ein besser durch den öV erschlossenes Gebiet geben als die Umgebung des Bahnhof Zug. Auf der einen Seite wird vom Ausbau des öV und der Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs (mIV) gesprochen, andererseits sollen direkt beim Bahnhof bis zu 390 Parkplätze (falls ein 2. UG gebaut wird) realisiert werden. Durch den Neubau würden 259 Parkplätze aufgehoben, netto also zusätzliche 141 Parkplätze verwirklicht. Auch wenn 180 Wohnungen und 150 neue Arbeitsplätze entstehen, MieterInnen und PendlerInnen, die so zentral und gut erschlossen wohnen und arbeiten, sollten doch ohne Auto leben können! Also: mindestens auf das 2. UG von ca. 100 Parkplätzen verzichten und eine kostendeckende Parkplatzbewirtschaftung schaffen (Projektkosten pro Parkplatz: 65'000 Fr.).

Und die VelofahrerInnen?

840 neue Veloparkplätze sollen rund um den Bahnhof entstehen. Die Radwege des Teilrichtplans Verkehr TRP sind in den Bebauungsplan aufgenommen worden. Veloparkplätze sind entlang dem Gotthardgeleis und auf der Westseite sowie einige auf dem Bahnhofsvorplatz vorgesehen. Die offiziellen Velozufahrten sind planmässig geregelt. Die VelofahrerInnen werden sich aber bestimmt den Weg des geringsten Widerstandes



Vielleicht der Knackpunkt: die Überbauung auf der Westseite mit 390 unterirdischen Parkplätzen.

■ Bild «Vorprojekt 1993»

suchen und massiert bei den Geleiseaufgängen und Unterführungen anzutreffen sein. Bei der Auswahl der velotechnischen Parkiermöglichkeiten sollte unbedingt auf das erhöhte Sicherheitsbedürfnis Rücksicht genommen werden. Zudem wäre eine Veloreparaturwerkstatt ein zu prüfendes Anliegen vieler.

Angenehmes Wohnen

Die vier Dammstrassenhäuser mit 48 günstigen Wohnungen müssen dem Neubau weichen. Laut Bauchef Eusebius Spescha ist dies der einzige Schwachpunkt der Vorlage. Meiner Meinung nach sind die geplanten 180 (Familien-)wohnungen über dem Busbahnhof aber auch nicht gerade als ideal zu bezeichnen. Auch wenn der Innenhof (Dach des Bushofes) begrünt wird, die Umgebung bleibt. Die täglich ca. 1300 Weg- und Zufahrten der Dieselsebusse wirken sich auf Wohnhygiene und Wohnqualität aus. Nicht nur der Lärm, auch die Abgase (wohin werden sie vom Tunnel abgeführt?) und die Auswirkungen der Fahrleitungen auf das Wohlbefinden der BewohnerInnen sind doch nicht nichts. Aber dass die Stadt sich nicht jetzt schon

ausdrücklich bereit erklärt hat, WEG-Wohnungen zu bauen, ist eine verpasste Chance.

öV muss gefördert werden

Der öV wird durch das neue Bahnhofprojekt eindeutig gefördert. Die besseren und übersichtlicheren Umsteigebeziehungen im Bahnhof zwischen ZVB/SBB sind eine Notwendigkeit. Vielleicht wäre es aber geschickter, die Abstimmung zur Stadumfahrung abzuwarten.

Es ist anzunehmen, dass dieses Mammutprojekt von über 800 Mio. Fr. beim Volk keine Gnade finden wird und somit die Gubelstrasse in die Planung beim Busbahnhof miteinbezogen werden könnte. Falls mit der Förderung des öV wirklich ernst gemacht wird und der PendlerInnenverkehr laut Massnahmenplan um 25% reduziert wird (das hätte eigentlich bis Ende 1994 geschehen sollen), gäbe es ja auch keine kritische Kreuzung Gubelstrasse-Baarerstrasse mehr, und der Bus könnte da recht problemlos zirkulieren. Durch die separate Linienführung des öV wird dem mIV aber wieder Tür und Tor geöffnet. □

Pensionskassen-Verluste bei der Landis & Gyr

Dass die diesjährige Generalversammlung der L&G-Aktionäre nicht zum üblichen Routineakt mit anschliessendem Imbiss wurde, dafür sorgte der langjährige Obmann der L&G-Betriebskommission Jakob Suter. Mit einem offenen Brief wandte er sich an den L&G-Hauptaktionär Stephan Schmidheiny. Weil der Brief einige wichtige Grundsatzfragen aufwirft und in der lokalen Presse nicht den ihm gebührenden Raum erhalten hat, drucken wir ihn nachfolgend in voller Länge ab.

Sehr geehrter Herr Schmidheiny

Am kommenden Mittwoch werden Sie über 8 Millionen reicher sein: Der Verwaltungsrat der Landis & Gyr – deren Hauptaktionär mit rund 600'000 Aktien Sie sind – beantragt der Generalversammlung vom 25. Januar, wegen des «Glanzresultates der LG» die Rekorddividende von 14 Franken pro Aktie auszuzahlen.

Sollten Sie am kommenden Mittwoch Ihre Dividende anstandslos einkassieren, wäre das angesichts der enormen «Buchverluste» der LG-Pensionskasse (410 Millionen!) ein Skandal. Als jahrzehntelanger LG-Mitarbeiter und langjähriger Obmann der Betriebskommission halte ich dieses Verhalten von Ihnen für unverständlich und unmoralisch. Auch im Namen zahlreicher betroffener Pensionäre fordere ich Sie deshalb auf, 1995 auf Ihre persönliche LG-Dividende zu verzichten und die 8 Millionen als persönlichen Haftungsbeitrag an die LG-Pensionskasse zu überweisen.

Auf der internationalen Ebene haben Sie sich grosse Verdienste erworben, indem Sie an die globale Verantwortung der Unternehmer appellieren und für eine nachhaltige und ökologische Unternehmensführung einstehen. Darf ich Sie aus traurigem Anlass daran erinnern, dass es für Unternehmer nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Verantwortung gibt? Bei der

Pensionskasse haben Sie vor einigen Jahren fatalerweise beschlossen, die Unterdeckung nicht mit Arbeitgeberbeiträgen abzutragen, sondern die Kasse einem unverantwortlichen «Performance-Druck» zu unterwerfen. Als Hauptaktionär der Landis & Gyr tragen Sie die moralische Hauptverantwortung für das aktuelle Debakel der Pensionskasse.

Und haben Sie bereits vergessen, dass Sie von Andreas C. Brunner die Landis & Gyr nur deshalb so billig (Kaufpreis unter dem Wert des LG-Landbesitzes allein im Kanton Zug!) erwerben konnten, weil er von Ihnen erhoffte, dass Sie nicht nur die Umstrukturierung der Firma erfolgreich vollziehen können, sondern auch die traditionelle, sehr ausgeprägte soziale Unternehmenskultur fortsetzen? Davon ist allerdings in Ihrer LG-Geschäftspolitik der letzten Jahre herzlich wenig zu spüren. Die Umstrukturierung läuft nach dem Motto: «Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren.» So erreichten 1994 allein die Stempelgelder, die an entlassene LG-MitarbeiterInnen ausbezahlt werden mussten, eine Höhe von über 10 Millionen Franken – also mehr als Ihre persönliche LG-Dividende vom kommenden Mittwoch.

Falls Sie an der LG-Generalversammlung vom kommenden Mittwoch nicht öffentlich erklären, Ihre Dividende der LG-Pensionskasse zu überweisen, werde ich den Aktionären beim Traktandum «Ge-

winnausschüttung» folgenden Antrag stellen: «Die LG-Dividende sei zur Hälfte an die Aktionäre und zur Hälfte an die LG-Pensionskasse auszuschütten – also je 6 (oder 7) Franken pro Aktie.» Der durch Spekulation angeschlagenen LG-Pensionskasse kann so die Summe von fast 11 Millionen zugeführt werden. Zwar betrifft dieser Antrag auch Kleinaktionäre, die keinerlei Einfluss auf die LG-Geschäftspolitik haben. Ich bin aber aus jahrzehntelanger Menschenkenntnis überzeugt, dass kleine und mittlere Sparer/innen eher zur Solidarität bereit und fähig sind als Multi-Millionäre und -Milliardäre. Bei der Abstimmung über den Antrag wird zudem ersichtlich, wie Sie mit Ihren 600'000 Aktien stimmen, womit Sie Ihre soziale Verantwortung entweder anerkennen oder eben nicht.

Ich appelliere an Ihr soziales Gewissen, sehr geehrter Herr Schmidheiny, und verbleibe mit freundlichen Grüssen.

*Jakob Suter (78), Walchwil,
alt BK-Präsident*

P.S.: In den Medien hiess es, das LG-Glanzresultat werde nur durch die Verluste der Pensionskasse «überschattet». Ihrem Leibblatt NZZ haben Sie jedoch sicher entnommen, dass man in einer solchen Situation auch anders und vernünftiger handeln kann: Der Automobilkonzern

Schlechtes Timing von CVP-Kantonsrat **Philipp Dossenbach**: kurz nach seiner Wahl in die wichtigste ständige Kommission des Kantonsrates, die Staatswirtschaftskommission, wurde via Sonntagsblick bekannt, dass Dossenbach zu den Zuger Prominenten gehört, die Letters des Kings Clubs gezeichnet – und bezahlt – haben. Das zu vermutende Defizit aus seinen Kings-Club-«Investitionen» trägt Dossenbach alleine. Hoffentlich wirkt sich sein Defizit an finanzpolitischer Weitsicht nicht auf die kantonalen Finanzen aus.

*

Frage an Radio Eriwan: Was ist der Unterschied zwischen dem obenerwähnten CVP-Kantonsrat Dossenbach und seinem Vorgänger in der Stawiko, Ex-Ständeratskandidat **U. B. Wyss**?

Antwort: Im Prinzip keiner. Beide haben einen Hang zu hohen Investitionen.

*

Gutes Timing von Baudirektor **Twerenbold**: rechtzeitig nach den Wahlen kommen schwerwiegende Kompetenzüberschreitungen von zwei rechtzeitig pensionierten Chefbeamten ans Tageslicht. Twer-

enbold übernimmt mutig «die volle politische Verantwortung»! Nun warten wir auf das rechtzeitige Rücktrittsschreiben des Baudirektors.

*

Für einen Alt-Regierungsrat Twerenbold wüssten wir sogar einen Posten: **Chef der WWZ** (Wasserwerke Zug). Beim Preis, den der Kanton respektive dessen zukünftiger Regierungsrat der WWZ für das Gaswerkareal bezahlt hat, müsste da doch etwas drin liegen...

*

Dass Alt-Regierungsrat nicht darben müssen, beweist **U. Kohler**. Vor kurzem hat ihn der Regierungsrat nochmals für weitere zwei Jahre als stellvertretender Vertreter in den Verwaltungsrat der Interkantonalen Landeslotterie gewählt. Schöne Karriere.

*

Weniger Glück mit Posteli hat da Parteikollege **Hans Christen**: Die Finanzabteilung ging bei der Ämterverteilung im Zuger Stadtrat an **Christof Luchsinger**. Dass sich Christen damit tröstete, dass «halt alle die Finanzdirektion wollten», wirft ein seltsames Licht auf Chri-

stens Seelenleben. Sowie bekannt, interessieren sich nämlich eben Luchsinger nur die beiden nichtgewählten SGA-KandidatInnen für diesen Job.

*

Derweil rüffel die städtische Notkassendirektion noch darüber, weshalb die beiden SP-Stadträte nicht gerechnet Luchsinger zum Finanzchef gemacht haben.

Immerhin kann sich jetzt Luchsinger einen neuen ungeschützten – Titel zulegen: **Dipl. Finz. STZ**.

*

Vielleicht fällt der **FDP** etwas zum folgenden Zitat ein: «Ich werde an meinem Geburtstag, nämlich am 6. Oktober 1995, also am letzten Sessionstag der grossen Kammer, 65-jährig und als Nationalrat zurücktreten» (LNN vom 21. Oktober 1991).

*

Ach ja, bald sind schon wieder Wahlen. Vielleicht sollte die FDP diesmal nicht PINs zum Anstecken, sondern zum Kleben verteilen. Als Klebstoff empfehlen wir **STUCKYDIT**, den Sesselkleber mit Langzeitwirkung. □

Chrysler hat seinen Rekordgewinn von 1994 auch dazu verwendet, die früher entstandenen Verluste der Chrysler-Pensionskasse zu decken. Warum sollte etwas, was im kapitalistischen Vorbild Amerika praktiziert wird, in der Schweiz und Ihnen als wohl reichstem Schweizer Industrielken unmöglich sein? Beantworten Sie doch bitte diese Frage an der kommenden LG-Generalversammlung – aber für einmal nicht via Statthalter, sondern direkt. □

Nachtrag

Schmidheiny schob an der GV jede Schuld von sich: er habe keine aggressive Anlagepolitik von der L&G-Pensionskasse verlangt. Zudem stellte er – je nach Situation – einen einmaligen Beitrag anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der L&G im Jahre 1996 in Aussicht.

Die Vermutung liegt nun nahe, dass Willy Kissling die Verantwortung trägt. Die Folgen tragen auf jeden Fall die L&G-Beschäftigten.

Martin Stuber

Die Antwort der SP-Geschäftsleitung

In der Nummer 4/94 des SGA-Bulletins brachten wir Auszüge aus einem Artikel von Richard Aeschlimann über die SGA, der im letzten eSPe-Blatt erschienen ist. Gleichzeitig druckten wir den offenen Brief von Hanspeter Uster an die SP ab, der auf diesen Artikel antwortete. Im folgenden veröffentlichen wir die Stellungnahme der SP-Geschäftsleitung zu diesem Thema.

Das vergangene Wahljahr war, trotz gemeinsamer Wahlbündnisse, gekennzeichnet durch eine ganze Reihe von Ereignissen, die das Verhältnis von SP und SGA belastete(n). In diesem Spannungsverhältnis wurde der Artikel von Richard Aeschlimann im eSPe-Blatt 4/94 von vielen als nicht mehr tolerierbarer Affront empfunden und die Geschäftsleitung der SP ultimativ aufgefordert, eine klärende Stellungnahme abzugeben.

Die GL ist gerne bereit, eine – hoffentlich klärende – Stellungnahme zur Zusammenarbeit von SP und SGA abzugeben. Hingegen erachten wir es als nicht opportun, den Artikel von Richard Aeschlimann zu kommentieren. Richard Aeschlimann hat seine Sicht der Dinge dargestellt. Wer damit nicht einverstanden ist, kann dies jederzeit im eSPe-Blatt kundtun und seine eigene Meinung darlegen. Die im Artikel zum Ausdruck gekommenen und die durch den Artikel ausgelösten Emotionen zeigen allerdings auf, dass es innerhalb der SP wie auch zwischen SP und SGA einiges zu bearbeiten gibt.

Unterdessen ist einige Zeit verstrichen. Die Geschäftsleitung der SP des Kantons Zug nahm sich Anfang Januar Zeit für einen umfassenden Rückblick auf das vergangene Wahljahr und einen Ausblick in die nächste Zukunft. Dabei bildete die Frage der Zusammenarbeit mit SGA/Alternativen ein Hauptthema. Diese Diskussion soll im erweiterten Kreis

(Partei Vorstand und Fraktion) Anfang März fortgesetzt werden. Auch haben in der Zwischenzeit Gespräche zwischen Delegationen von SP und SGA stattgefunden, welche fortgesetzt werden sollen.



Für die GL ist es klar, dass SGA/Alternative die Bündnispartner im Kanton Zug sind. Gemeinsam bilden wir die Linke, und nur gemeinsam haben wir die Kraft, in diesem Kanton auch etwas zu bewirken. Äusserer Ausdruck dieser Partnerschaft sind die gemeinsamen Listen, innerer Ausdruck die sehr grosse Übereinstimmung in den wichtigen Zielsetzungen und auch in den meisten Sachfragen. Unterschiede liegen vor allem im Stil und in Vorgehensfragen, aber auch in der unterschiedlichen Geschichte der einzelnen Parteien wie auch der teilweise unterschiedlichen politischen und persönlichen Herkunft der ExponentInnen.

Selbstverständlich sind wir auch KonkurrentInnen. Sowohl SP wie auch SGA möchten stärker werden, d.h. insbesondere auch einen höheren Wähleranteil erreichen. Dies führt bei hoher Kongruenz in Sachfragen automatisch zu einer gewissen Konkurrenzierung, da ja offen-

sichtlich Personen mit in etwa vergleichbarem politischem Gedankengut angesprochen werden.

Für die SP hat sich die Zentralschweiz bisher als sehr schwieriges Pflaster gezeigt. Der Abstand zu den bürgerlichen Parteien CVP und FDP ist immer noch sehr gross. Aber auch für die übrigen alternativen und linksoppositionellen Kräfte ist die Innerschweiz ein steinigtes Gebiet. Mit der Bündelung der Kräfte von SP und SGA/Alternativen im Kanton Zug waren in den vergangenen Jahren einige Erfolge möglich. Dies weiterzuführen muss unsere erste politische Priorität sein. Dazu ist die SP willens und bereit.

Die GL der SP möchte sowohl parteiintern wie auch zusammen mit SGA/Alternativen die Diskussion über eine konstruktive Zusammenarbeit weiterführen und ist auch interessiert, entsprechende strukturelle Lösungen – regelmässige Delegationstreffen, vermehrte gemeinsame Veranstaltungen usw. – zu prüfen und zu verwirklichen. Gleichzeitig dürfte es aber auch sinnvoll sein, gewisse Spielregeln im Umgang miteinander zu entwickeln und einzuhalten. Diesbezüglich besteht bei allen Beteiligten Handlungsbedarf.

Eusebius Spescha
Mitglied SP-Geschäftsleitung des
Kantons Zug

12. Februar 1995

Europa-Frage und Zukunft der Sozialpolitik

Alle zwei Jahre führt die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) Zug ein ganztägiges Symposium im Casino durch. Inzwischen ist es die wichtigste, wenn nicht einzige Veranstaltung in der Deutschschweiz, wo sich Menschen aus dem ganzen rot-grün-violetten Spektrum treffen.

Josef Lang

Das diesjährige Symposium vom 9. April steht unter dem Motto «Für eine soziale Schweiz in einem offenen Europa» und ist zwei Hauptfragen gewidmet: der Europäischen Integration der Schweiz und der Zukunft der Sozialpolitik. Wieder ist es uns gelungen, kompetente und profilierte PolitikerInnen aus dem roten, grünen, violetten und rot-grün-violetten Lager zu gewinnen (Siehe das detaillierte Programm auf der letzten Seite!).

Beim Europa-Podium am Morgen geht es um Fragen wie: Sind wir grundsätzlich für oder gegen einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union? Wovon machen wir ein bedingtes Ja oder Nein abhängig? Wie können wir die Bürgerinnen und Bürger von einer offeneren

Haltung überzeugen? Was meinen wir zur jüngst lancierten EU-Beitritts-Initiative? Wie behandeln wir die Europa-Frage bei den Nationalratswahlen? Wie setzen wir uns heute dafür ein, dass die EU demokratischer, sozialer, ökologischer wird? Wie sieht es aus mit einer europäischen Verfassung?

Was die Sozialpolitik, das Hauptthema am Nachmittag, betrifft, steckt die Linke in einer schwierigen Lage. Einerseits muss sie die Sozialwerke und die sozialen Errungenschaften verteidigen gegen rechte Abbau-Vorhaben, die sich als «Umbau» tarnen. Andererseits sind die Sozialwerke vor allem wegen ihrer patriarchalen Ursprünge tatsächlich umbauwürdig. Besonders schmerzlich stellt sich diese Frage bei der 10. AHV-Revision, wo positive Errungenschaften wie das Splitting und

der Erziehungsbonus neben Rückschritten stehen wie der Erhöhung des AHV-Rentenalters für Frauen. Neben dieser Frage wird in themenspezifischen Arbeitsgruppen noch diskutiert über die Besteuerung von Energie oder Arbeit, über das existenzsichernde Mindesteinkommen, über frauengerechte Sozialpolitik und die Aktualität von sozialer Gerechtigkeit überhaupt.

Der Eintritt zum Symposium ist grundsätzlich frei. Spenden (Richtwert 10 bis 20 Franken) sind dringend erwünscht. Das Mittagessen im Casino wird um die 25 Franken kosten. Eine Anmeldung ist nicht nötig, ausser jemand wünscht einen Kinderhütendienst. (In diesem Fall bitte telefonieren an: 042 / 22 13 15).

Die Linken und Grünen hatten Diskussionen noch nie so nötig. Packt die Gelegenheit beim Schopf!

□



MACHEN SIE MIT!



- Ich möchte mehr über die **SGA** wissen
- Ich möchte das **SGA-Bulletin** für 20.–/Jahr abonnieren (4 x jährlich)
- Ich trete dem **Förderverein** pro SGA-Bulletin bei (Mindestbeitrag: Fr. 100.–)
- Ich möchte **den SGA-Versand** regelmässig erhalten (ca. 4 x jährlich)
- Ich möchte das **SGA-Infoblatt** für Fr. 10.– pro Jahr abonnieren (monatlich)
- Ich möchte **SGA-Mitglied** werden

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ Ort: _____ Tel. _____

Mitteilungen: _____

Einsenden an: **Sozialistisch-Grüne Alternative SGA**
Postfach 829, 6301 Zug. Tel. 042/22 13 15. PC-Konto 60-13553-1.

veranstaltungen

märz

- Mi 8. Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- Mi 8. Ofra Zug: Abendessen (für Frauen) und Film «Antonia & Jane» (für alle)**
Essen: Café Speck, 19.00h. Film: Kino Gotthard, 20.30h, 13 Fr.
- Mi 8. Jazz-Brunch: Demler Haerter Quartett**
Altstadthalle Zug, 19.30h
- Fr 17. SGA Kanton Zug: Jahresversammlung**
Restaurant Tramonti Baar, 20.00h, Essen: 18.30h
- Mo 20. Ofra Zug: Sitzung (für alle interessierten Frauen)**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- Mi 22. Jazz-Brunch: Silvie Courvoisier Sextett**
Altstadthalle Zug, 19.30h
- Do 23. Gründungsversammlung Genossenschaft WWF Panda Laden**
Casino Zug, Konferenzzimmer, 20.00h
- Mo 27. Asylbrücke Zug: Vortrag & Diskussion mit Charlotte Weber, Autorin und Flüchtlingshelferin.**
Thema: «Flüchtlingsbetreuung früher und heute».
Ref. Kirchengemeindehaus Zug, 20.00h

april

- Mi 5. Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- Mi 5. Jazz-Brunch: Jam Session**
Altstadthalle Zug, 19.30h
- Fr 7. SGA Stadt Zug: Generalversammlung**
Casino Zug, Rundzimmer, 20.00h, Apéro und Essen: 18.30h
- So 9. 4. Zuger Symposium: Europa-Frage und Zukunft der Sozialpolitik**
Casino Zug, 10.00 bis 17.00h

mai

- Mi 19. Jazz-Brunch: No, No Diet Bång**
Altstadthalle Zug, 19.30h
- Di 2. Ofra Zug: Sitzung (für alle interessierten Frauen)**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- Mi 3. Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- Sa 6. WWF Sektion Zug: Generalversammlung**
Ort und Zeit siehe Tagespresse

juni

- Mi 10. SGA Kanton Zug: Versammlung**
Casino Zug, Konferenzzimmer, 20.00h
- Mi 7. Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- Mi 7. Ofra Zug: Sitzung (für alle interessierten Frauen)**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock), 19.30h
- Mi 7. SGA Kanton Zug: Versammlung**
Casino Zug, Konferenzzimmer, 20.00h

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Rechnungen an SGA, Postfach 829, 6301 Zug

4. Zuger Symposium

Europa-Frage und Zukunft der Sozialpolitik

Sonntag, 9. April
10 bis 17 Uhr, Casino Zug

10.00 Uhr: Eröffnung durch Hanspeter Uster (Alternativer Regierungsrat)

10.15 bis 12.00 Uhr: Podium zur Europäischen Integration der Schweiz

Leitung: Josef Lang (Kantonsrat, SGA-Kantonalpräsident)

12.15 bis 13.30 Uhr: Mittagessen im Casino

13.45 bis 15.45 Uhr: Arbeitsgruppen zur Zukunft der Sozialpolitik

◆ Zukunft der AHV und 10. AHV-Revision (Leitung: Doris Angst)

◆ Finanzierung der Sozialwerke: Energie oder Arbeit besteuern? (Leitung: Reto Hunziker)

◆ Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit (Leitung: Daniel Brunner)

◆ Frauengerechte Sozialwerke und Sozialpolitik (Leitung: Arlene Wyttenbach)

◆ Aktualität von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität (Leitung: Gisela Hürlimann)

◆ Weiterführung der Europa-Diskussion unter Leitung von Jürgen Schulz (Eurotopia)

16.00 bis 16.45 Uhr: Berichte im Plenum

16.45 Uhr: Schlussbouquet von Jakob Suter (Rentner, CMV-Gewerkschafter, Präsident der L&G-Betriebskommission 1961-1981).

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) des Kt. Zug.

Alle Veranstaltungen sind öffentlich!